im Land zu kommen, dann wären wir in diesem Land einen großen Schritt weiter.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Nun liegen mir zum Tagesordnungspunkt 1 keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe hiermit diese Debatte.

Wir kommen zu:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300

Und:

Ergänzung
Drucksache 16/10150

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 16/10500 bis 16/10507,
16/10509 bis 16/10516 und 16/10520

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10388

zweite Lesung

Und:

Finanzplanung 2015 bis 2019 mit Finanzbericht 2016 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 16/9301

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/10518

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 – GFG 2016) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9302

Und:

Ergänzung
Drucksache 16/10150

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/10517

zweite Lesung

Die Veränderungen durch die im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse sind auch in den Veränderungsnachweisen entsprechend dargestellt.

Zur Erinnerung einige weitere Hinweise zum Ablauf der Beratungen: Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Aussprache über den Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan, wie wir das auch gestern gemacht haben. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt.

Heute nachzuholen ist noch die Einzelabstimmung über den Einzelplan 20. Heute ist auch noch über das Haushaltsgesetz zum Abschluss der zweiten von insgesamt drei Lesungen abzustimmen und auch zu entscheiden über die Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes und des Gemeindefinanzierungsgesetzes.

Ein weiterer Hinweis: Zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr finden keine Abstimmungen statt.

Ich rufe auf:

Einzelplan 02
Ministerpräsidentin und Staatskanzlei
(Ministerpräsidentin und Staatskanzlei, Landesplanung, Europa und Eine Welt, Medien)

Ich verweise auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10502**.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Dr. Optendrenk das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich vertrete den erkrankten Kollegen Werner Jostmeier, von dem ich herzliche Grüße ausrichte, und möchte mit Blick auf die Situation im Einzelplan der Ministerpräsidentin drei Punkte aufgreifen.

Der erste Punkt hat zu tun mit dem, was wir eben auch gehört haben, nämlich mit der Frage: Geht es um die Substanz des Landes Nordrhein-Westfalen, oder geht es um Kaschieren? Sie haben die Diskussion um eine weitere Abteilungsleiterstelle im Landeshaushalt an der Stelle mit-

bekommen. 16 Monate vor der Landtagswahl lassen Sie jetzt die politische Katze aus dem Sack und greifen, wie man das aus früheren Zeiten von Ihnen kennt, wieder in die politische Trickkiste. Offensichtlich geht es hier darum, die politische Außendarstellung zu optimieren und möglichst rechtzeitig vor dem Wahljahr die Regierungs-PR-Maschine entsprechend in Gang zu setzen.

(Beifall von der CDU)

Die SPD hat eine lange Tradition in dieser Art von Regierungs-PR. Früher war das auch so üblich. Wir haben heute gesehen, dass man mit einer exzellenten Ausbildung als Regierungs-PR-Mensch auch heute noch als Finanzminister, als fröhlicher Fassadenpinsler tätig werden kann.

(Beifall von der CDU)

Wenn ich mir anschaue, was dann im Gegenzug gemacht wird, dass gesagt wird, ja, wir wollen einfach nicht am Pranger stehen, dann hat man, glaube ich, das gesamte Denken damit gut erfasst. Offensichtlich geht es nicht um die Inhalte, um die Zukunft des Landes, um die Bürgerinnen und Bürger, sondern es geht um PR, um Außendarstellung. Es geht einfach nicht darum, was Ihre Aufgabe als Regierung wäre, nämlich Regieren im Sinne der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Kümmern Sie sich doch einmal darum!

(Beifall von der CDU)

Die Koalition der Einladung, die wir ehemals hatten, die ja auch nur ein PR-Gag war, hat sich dann entschieden,

(Martin Börschel [SPD]: Na, na!)

lieber eine Koalition des Verschweigens und des Verkleisterns zu werden. Das sehen wir dann in der Art und Weise, wie Sie mit dem Thema der Ministergehälter umgegangen sind. Das ist schon ein dicker Bock, den Sie da geschossen haben.

(Beifall von der CDU)

Sie haben uns monatelang darüber im Unklaren gelassen, ob Sie den Mechanismus, der im Ministergesetz als Ankopplung an das Besoldungsgesetz des Landes besteht, nutzen wollen oder nicht. Als der Landtag dann das Besoldungsgesetz beschlossen hat, nachdem Sie meine Kleine Anfrage drei Wochen zu spät beantwortet haben, nachdem Sie keine Überlastungsanzeige gemacht haben, weil Sie keine Zeit hatten, sich mit dieser Kleinen Anfrage zu beschäftigen, unterschreibt der Innenminister am Abend, nachdem das Gesetz verabschiedet wurde: Ja, wir wollen es weitermachen. Wir nehmen uns mit 5,2 % einen schönen Schluck aus der Pulle. Das ist unredlich!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und das wissen Sie ganz genau. Das, was der Finanzminister eben zum Thema „Kommunikation“ dargestellt hat, ist genau die gleiche Machart. Sie passt auch zu dem dritten Thema, nämlich zu den TatKraft-Tagen.

Wir wissen aus dem Berichterstattergespräch zum Einzelplan 02, an dem ich als Berichterstatter selbst teilgenommen habe, wie auch aus dem Hauptausschuss, dass es im nächsten Jahr wohl sechs TatKraft-Tage geben soll. Besonders geärgert hat mich, dass in diesem Jahr 78.000 € alleine dafür ausgegeben werden, wobei über 70.000 € nicht dazu dienen, dass die Ministerpräsidentin ein Praktikum macht, was ihr unbenommen ist und was ich vernünftig finde, dass sie sich vor Ort Dinge anschaut, sondern um Filmchen zu machen und um Leute zum Abendessen einzuladen und dafür die Einladungen zu verschicken. Das ist kein sorgsamer Umgang mit Steuergeld.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Da schließt sich der Kreis: Das ist die Fassadenpflege, die Sie im gesamten Haushalt finden. Sie versündigen sich an der Zukunft des Landes, indem Sie nur PR machen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Optendrenk. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Warden.

Marion Warden (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Optendrenk, ich finde es schon beeindruckend, was Sie aus dem Einzelplan 02 ableiten, was die Politik der Landesregierung angeht, und welche Rückschlüsse Sie auf den Gesamthaushalt ziehen. Ich würde sagen: Wenn man über die Zukunft von NRW spricht, darf man sich nicht nur den Einzelplan 02 ansehen, sondern man muss sich das Gesamtwerk des Haushaltsplans ansehen. Das, meine ich, kann sich sehen lassen.

Wenn wir uns heute in der Einzelberatung mit dem Einzelplan 02 befassen, dann kann ich feststellen, dass es hier eigentlich nur einige wenige Veränderungen zum Vorjahr gibt, zum Beispiel bei den Kosten für eine Planstelle für einen IT-Beauftragten, und das ist Grundlage eines Staatsvertrages. Es gibt auch eine Veränderung bei der Aufgabenverlagerung. Eine Aufgabe, die bislang extern wahrgenommen wird, wird zurückgeführt als Ergebnis einer internen Organisationsuntersuchung, wonach sich die Kosten dadurch deutlich reduzieren würden.

Wichtig ist auch, dass die Zuschüsse an die Kirchen und die jüdischen Kultusgemeinden erhöht wurden. Als ein sehr wichtiges Signal an die Kirchen im Lande empfinde ich, dass sich im Haushaltsplan der Ministerpräsidentin die Verpflichtungsermächtigungen befinden für die Zuweisungen zur Durchführung

des Deutschen Katholikentages in Münster im Jahre 2018 von 1,6 Millionen € und zur Durchführung des Deutschen Evangelischen Kirchentages 2019 in Dortmund. Das sind Beträge und Aufwendungen, die ein wichtiges Signal geben an die Jugend in unserem Land, denn diese Katholikentage richten sich ganz besonders an junge Menschen und finden – nebenbei bemerkt – bundesweiten Zulauf. Gerade in schwierigen Tagen und Zeiten helfen sie, Menschen gleich welchen Alters Orientierung und Perspektive zu bieten.

Wir begrüßen – da sind wir anders aufgestellt als Sie – ausdrücklich die Fortführung der sogenannten TatKraft-Veranstaltungen durch unsere Ministerpräsidentin. Es ist nicht richtig, was Sie in der Presse verlauten ließen, dass es im kommenden Jahr eine Erhöhung auf sechs TatKraft-Tage geben wird, sondern die sind schon seit vielen Jahren genau in dieser Anzahl im Haushalt enthalten.

(Ralf Witzel [FDP]: Wie viele haben denn in den letzten Jahren tatsächlich stattgefunden?)

Sie sind aber aus verschiedenen Gründen in den letzten Jahren nicht durchgeführt worden, weil wir eine Haushaltssperre hatten und weil es eine sehr dichte Terminlage der Ministerpräsidentin gab. Das ist die Diskussion, die wir im Hauptausschuss intensiv geführt haben und die auch Gegenstand der Beantwortung der Landesregierung der Kleinen Anfrage der CDU-Fraktion ist.

(Ralf Witzel [FDP]: Zwei bis drei haben Sie bislang durchgeführt!)

– Aber veranschlagt waren immer sechs. Das ist so. Der Ansatz ist so vorgesehen. Ob der Ansatz dann ausgeschöpft wird, ist eine andere Sache. Es ist immer ein Unterschied: Was planen Sie, und was führen Sie am Ende aus?

Wir sind der Meinung, dass die Menschen wissen müssen, wofür die Landesregierung und wofür die Ministerpräsidentin steht. Dafür ist es wichtig, vor Ort zu sein und den Menschen zu zeigen, mit welchem Profil man arbeitet. Wenn sich die Ministerpräsidentin die Mühe macht, die Einrichtungen für Asylbewerber aufzusuchen, zum Beispiel in Bielefeld, um dort ein Praktikum zu machen, dann ist es auch wichtig, hinterher die Ergebnisse, die aus einem solchen Tag gewonnen werden, darzustellen.

Wichtig ist aber auch – das ist in Ihrer Darstellung, Dr. Optendrenk, gar nicht vorgekommen –, dass wir die KlimaExpo im Haushaltsplan der Ministerpräsidentin finden. Im Energieland Nummer eins setzen wir hier auf ein herausragendes Projekt. Unter dem Dach der KlimaExpo findet sich das gesamte Leistungsspektrum zum Klimaschutz. NRW setzt damit ein Zeichen als Fortschrittsmotor.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

So wurden zum Beispiel auf der Jahresveranstaltung im Juni letzten Jahres die besten technologischen und gesellschaftlichen Projekte öffentlich ausgezeichnet. Das ist ein ganz, ganz wichtiges Signal für den Klimaschutz.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass der Einzelplan 02 etwas höhere Ausgabenansätze aufweist, aber ansonsten mit 0,6 % eine nur sehr geringfügige Steigerung beinhaltet. Von daher können wir diesem Haushaltsplan und diesem Einzelplan zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Warden. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist jetzt nach den Vorreden nicht mehr die Zeit, im Klein-Klein nachzuhaken, zum Beispiel warum Gutachten mit 500.000 € angesetzt sind, obwohl nur 20 % davon ausgeschöpft werden, und warum es diese Einzelveranstaltungen gibt.

Meine Damen und Herren, die Rede meines Fraktionsvorsitzenden hat deutlich gemacht, worum es geht, nämlich um die Stärkung der Wirtschaftskraft, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die haushalterische Konsolidierung. Er hat deutlich gemacht, dass die Schuldenbremse ab 2020 greift und dass wir hier etwas machen müssen.

Das spiegelt sich alles in diesem Haushalt nicht wider. Deswegen werden wir ihn bei aller Differenzierung hinsichtlich der Teile Medien, Europa und Landesplanung insgesamt ablehnen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Engstfeld.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich einige Bemerkungen zu den Bereichen Ministerpräsidentin, Staatskanzlei, Europa und Medien mache, möchte ich doch gerne ein paar Worte an den Kollegen Optendrenk richten.

Der Kollege Optendrenk hat ja in seiner Rede drei Punkte kritisiert. Meine Vorrednerin Frau Warden hat schon einiges zu den TatKraft-Tagen gesagt. Ich möchte gerne etwas zur Steigerung der Gehälter im Kabinett sagen. Herr Optendrenk, ich mache es relativ kurz, aber ich sage Ihnen: Diese Ministerpräsidentin – und das gilt auch für die stellvertretende Ministerpräsidentin und für jedes Regierungsmitglied hier – ist jeden Euro wert. Jeden!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Weil das so gut ankommt, gehe ich noch einen Schritt weiter und sage: Diese Landesregierung ist unbezahlbar.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Lachen bei der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Optendrenk zulassen?

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Nein. – Und es würde mich freuen, Herr Kollege Optendrenk, wenn Sie Ihr Echauffierungspotenzial vielleicht einmal an einer anderen Stelle einsetzten, wenn wir nämlich zum Beispiel über die Gehälter von Sparkassenchefs reden,

(Beifall von den GRÜNEN)

wenn Sie mit Ihren kommunalen Mandatsträgern einmal dorthin sehen würden. Die Gehälter einiger Chefs großer Sparkassen – ich denke an Köln und Düsseldorf – gehen mittlerweile stramm Richtung einer Million Euro pro Jahr. Damit verdienen diese Sparkassenchefs weitaus mehr als jeder Oberbürgermeister in diesem Land, weitaus mehr als die Ministerpräsidentin und auch weitaus mehr als die Bundeskanzlerin. Da muss man sich schon fragen – auch bei den Versorgungsansprüchen, die dahinter stehen –, ob das noch alles im richtigen Rahmen ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie nun eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Optendrenk zulassen?

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Bitte.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU: Herr Kollege, herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich im Kern kritisiert habe, dass es um Heimlichtuerei ging und dass ich nicht über die Höhe mit Ihnen diskutieren wollte?

(Beifall von der CDU)

Stefan Engstfeld (GRÜNE: Das nehme ich gerne zur Kenntnis, bleibe aber bei meiner Aussage: Diese Landesregierung ist unbezahlbar, Herr Optendrenk.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte gern noch etwas zum Einzelplan 02, zum Etat der Ministerpräsidentin sagen. Der Einzelplan 02 ist im Ganzen auf gleichem Niveau fortgeschrieben worden wie in den vergangenen Jahren auch. Er ist wie auch im letzten Jahr, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Beispiel solider Haushaltspolitik.

Die Ministerpräsidentin und die Staatskanzlei sind sparsam unterwegs. Der Einzelplan spiegelt den verantwortungsvollen Umgang mit den finanziellen Ressourcen wieder und fügt sich so nahtlos ein in eine Linie, die den gesamten Haushalt kennzeichnet.

Im Einzelplan der Ministerpräsidentin wird erkennbar, dass die Landesregierung insbesondere den 70. Landesgeburtstag in den Blick genommen hat. Wir alle haben nächstes Jahr deswegen kräftig etwas zu feiern. Es ist nicht nur das Land, das 70. Geburtstag feiert, sondern – das darf ich, glaube ich, als lokaler Abgeordneter sagen – auch Düsseldorf feiert 70 Jahre Landeshauptstadt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich freue mich schon jetzt sehr auf das dreitägige Bürgerfest, das für den August angedacht ist. Ich denke, dass dabei Land und Stadt Hand in Hand gehen. Das wird bestimmt wunderbar.

Ich möchte kurz etwas zu Europa sagen. Da gibt es nichts zu feiern. Europa, genauer: die Europäische Union muss derzeit fünf Krisen bewältigen: die Ukrainekrise, die Terrorkrise, die Situation der Flüchtlinge, die Situation in Griechenland und den Brexit, die Abstimmung in Großbritannien über die Europäischen Union. Aller Voraussicht nach wird das nächste Jahr in Europa genauso schwierig sein wie dieses Jahr, wenn nicht sogar noch etwas schwieriger, wenn ich an diese Grexit-Debatte denke.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Europa derzeit eigentlich in einer Ausnahmesituation. Nordrhein-Westfalen, eine Region, die viel von der europäischen Integration profitiert hat, muss und wird sich 2016 in die europäischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse positiv einbringen. Wir werden Anstöße zur Lösung der Probleme geben und Entwicklungen konstruktiv auf allen Ebenen begleiten, sei es durch unsere Landesvertretung in Brüssel, sei es durch die Landesvertretung in Berlin, sei es durch das Ministerium und die Staatskanzlei selber, sei es im Ausschuss der Regionen, wo der Kollege Töns und ich vertreten sind, oder sei es im Bundesrat oder in den unzähligen Gesprächen, die wir führen.

Ein Ziel steht dabei immer im Zentrum, nämlich die Schaffung einer immer enger werdenden politischen Union. Wir werden eine andere wichtige Aufgabe auch mit aller Kraft vorantreiben, nämlich wir werden weiterhin das Thema Europa ins Land hineintragen. Wir haben dazu gute Instrumente, zum Beispiel das Leitprogramm „Europaaktive Kommunen“, wo wir mittlerweile zum dritten Mal die Auszeichnung „Europaaktive Kommune“ vergeben haben, oder das Netzwerktreffen der europapolitischen Ak-

teure, die Europaschulen, die Europawoche oder auch viele andere Gespräche – auch regelmäßige Gespräche – mit den kommunalen Europabeauftragten oder mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Alles in allem wird im Einzelplan 02 überrollt und fortgeschrieben. Ich denke, es ist richtig, dass wir in den heutigen Zeiten gerade den Dialog mit den Menschen vor Ort suchen und die Instrumente hierfür bereitstellen.

Meine Damen und Herren, auch im Bereich der Medienpolitik setzen wir im nächsten Jahr haushaltspolitisch die Schwerpunkte auf Medienbildung und Teilhabe. So fördern wir Freifunkprojekte mit rund 100.000 € für entsprechende Pilotprojekte, damit wir eine zukunftsfähige technische IT-Infrastruktur mit gewährleisten.

Digitale Bildung ist ein Megathema. Potenziale von Serious Games müssen stärker erschlossen werden. Wir wollen Formate wie das Netzpolitikcamp weiterführen, damit Austausch und Wissensvernetzung vorankommen.

Wir sichern mit der Erhöhung des Zuschusses für das Grimme-Institut, die bundesweit maßgebliche Einrichtung für Medienqualitätsbewertung und Medienbildung. Auch hier stellt die Digitalisierung neue Herausforderungen an die Arbeit dieses ältesten Medieninstitutes unserer Republik. Auch bei dieser Aufgabe stellt sich Nordrhein-Westfalen seiner medienpolitischen Verantwortung.

Dass von den erhöhten Einnahmen beim Rundfunkbeitrag auch unsere erfolgreiche Film- und Medienstiftung künftig weiter profitiert, unterstreicht die weitreichende Bedeutung dieses von uns auch im nächsten Jahr mit rund 10 Millionen € geförderten größten Filmförderinstituts.

NRW bleibt so auch 2016 mit rund 320.000 Arbeitsplätzen im Medien- und Kreativbereich einer der stärksten Medienstandorte in Europa.

Abschließend: Es ist in diesem Einzelplan wie im gesamten Haushalt gelungen, den Dreiklang aus Konsolidierung, besserer Ausstattung und Investitionen in unsere Zukunftsfelder abzusichern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Marsching.

Michele Marsching (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Tribüne und zu Hause! Zum Einzelplan 02 zu reden, ist immer schwierig. Da gibt es ja diese Dreiteilung zwischen Europa, Medien und Staatskanzlei. Aber wir kriegen das irgendwie hin.

Ich möchte ganz kurz auf die Themen eingehen, die gerade schon angesprochen wurden. Hauptsächlich möchte ich auf zwei Punkte eingehen.

Erstens: die „TatKraft“-Tage. Wie Sie wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, wir treiben die Sau jetzt wirklich zum x-ten Mal durchs Dorf. Ich möchte gar nicht mit gewissen Tagungen in Steigenberger Hotels kommen, sondern ich möchte Ihnen nur sagen: Jedes Mal, wenn Sie diese „TatKraft“-Tage hier aufrufen – jedes Mal –, geht es um eine relativ geringe Summe, mit der Sie nichts gegenfinanzieren können. Damit schaffen Sie es auch nicht, die Ministerpräsidentin bloßzustellen. Das soll kein großes Lob für die „TatKraft“-Tage der Ministerpräsidentin sein, sondern darauf hinweisen, dass es andere Punkte gibt, an denen man besser Kritik üben könnte.

(Zuruf von der CDU: Mach mal!)

– Ja, mach ich! – Ich greife einen Punkt heraus. Das wird schwierig für Sie.

(Lachen von der CDU)

Denn die Zuweisungen von insgesamt über 5 Millionen € für die Kirchentage sehen wir als Piratenfraktion kritisch.

(Zuruf von der CDU)

Ich habe nachgefragt, wie es mit der Kostenquote aussieht. Was gibt das Land dafür aus, und wie ist der Zusammenhang zwischen den Zuweisungen des Landes und dem, was die Städte – namentlich Münster für 2018, Dortmund für 2019 – für die Kirchentage bezahlen? – Da werden wir auf jeden Fall dranbleiben und noch mal nachfragen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Da geht es um ungefähr zwanzigmal so viel Geld.

Man kann verschiedene Schwerpunkte setzen. Wir haben diesen Schwerpunkt ausgewählt und werden beim nächsten Einzelplan 02 darauf gucken, wie wir das auch bei dem Einzelplan 02 für 2016 getan haben. Bei diesem Punkt muss man tatsächlich den Finger in die Wunde legen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Marsching. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Lersch-Mense.

Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es war schon interessant, dass die Redner der Opposition so gut wie gar nichts zum Einzelplan 02 und seinen Schwerpunkten gesagt haben. Statt-

dessen sind wieder allgemeinpolitische Angriffe formuliert worden: in einer pauschalen Form – Herr Dr. Optendrenk, nehmen Sie es mir nicht übel –, die nur schwer nachvollziehbar ist.

Wenn Sie der Landesregierung Heimlichtuerei bei den Ministergehältern vorwerfen, wundert mich das bei einem haushaltspolitischen Sprecher einer großen Fraktion. Denn jedes Ministergehalt ist bis auf die letzte Stelle hinter dem Komma im Einzelplan 20 nachzulesen. Insofern hätten Sie jede Gelegenheit gehabt, genau zu sehen, wie viel Minister verdienen. Sie kritisieren ja, wie Sie sagen, nicht die Höhe, sondern die Heimlichtuerei. Aber wo die Heimlichtuerei liegen soll, wenn die Ministergehälter im Einzelplan 20 auf Punkt und Komma ausgewiesen sind, müssen Sie erst einmal erklären.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie wissen auch, dass im Ministergesetz eine Kopplung der Ministerbezüge an die Besoldungsgruppe B 11 der Beamtenbesoldung steht. Wenn Sie das kritisieren wollen, sollten Sie aufstehen und sagen, Sie wollen das Ministergesetz ändern, oder einen entsprechenden Antrag stellen. Aber der ist von Ihrer Seite bisher nicht gestellt worden, sodass mir nicht ganz klar ist, worauf sich Ihre Kritik bezieht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dass so wenig zum Einzelplan gesagt wurde, liegt wohl auch daran, dass dieser Einzelplan grundsolide finanziert ist. Wir haben eine Steigerungsrate von 0,6 %. Man könnte annehmen, das ist in etwa die Inflationsrate. Wir haben aber keineswegs alle Ansätze entsprechend erhöht, sondern, wie Sie wissen, die Tarif- und Besoldungserhöhung ist schon so erheblich und mit einem Drittel des Ausgabevolumens unseres Einzelplans auch relevant für den Einzelplan, dass die Erhöhung des Gesamteinzelplans nahezu ausschließlich auf die Tarif- und Besoldungserhöhung zurückgeht.

Auch was die Personalausgaben und die Neuorganisation unseres Hauses angeht, darf ich Ihnen, Herr Dr. Optendrenk, den Hinweis geben: Alle Neuorganisationsmaßnahmen in der Staatskanzlei einschließlich der neuen Abteilungsleitung im LPA erfolgen stellenneutral, also ohne Haushaltsmehrbelastung. Insofern geht Ihre Kritik ins Leere.

Wenn Sie nun behaupten, das sei ein weiteres Indiz dafür, dass es in diesem Einzelplan ausschließlich, wie Sie es formuliert haben, um PR geht, erlaube ich mir folgenden Hinweis: Schauen Sie sich bitte einmal an, wie sich die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit, für Repräsentationen und Veranstaltungen in den letzten Jahren entwickelt haben! Im Jahre 2009, also in einem vergleichbaren Vorwahlkampfjahr, waren in Ihrer Regierungszeit in diesem Haushaltstitel zuletzt 4,3 Millionen veranschlagt. 2016 beträgt der Ansatz 3,2 Millionen, also 1 Million weniger als zu Ihrer Regierungszeit oder 25 % weniger – trotz Preissteigerung. Ich glaube, das ist eine vorbildlich zurückhaltende Öffentlichkeitsarbeit. Deshalb geht auch Ihr Vorwurf „nur PR“ völlig ins Leere.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben zum wiederholten Male die „TatKraft“-Veranstaltungen angesprochen. Sie haben den Sachzusammenhang auch hier falsch dargestellt. In allen Haushaltsjahren der Vergangenheit sind immer sechs Veranstaltungen zugrunde gelegt worden. In diesem Jahr haben unter anderem wegen der drängenden Probleme im Bereich der Flüchtlingsentwicklung weniger „TatKraft“-Veranstaltungen stattgefunden. Das war der Terminlage geschuldet. Ich will nicht ausschließen, dass das im nächsten Jahr wieder der Fall sein könnte. Aber der entsprechende Haushaltstitel dient ja – darauf ist schon hingewiesen worden – nicht nur der Finanzierung von „TatKraft“-Veranstaltungen, sondern auch von vielen repräsentativen Veranstaltungen. Deshalb ist es gut, dass er auskömmlich ausgestattet ist.

Meine Damen und Herren, ich will noch kurz auf einige politische Schwerpunkte des Einzelplans eingehen. Lassen Sie mich an erster Stelle den Bereich „Klimaschutz und Energiewende“ erwähnen. Wir haben mit der Jahresveranstaltung zur Klima-Expo am 19. Juni in Köln ein deutliches Zeichen gesetzt, dass die Landesregierung den Klimaschutz ernst nimmt und konkrete Projekte in diesem Bereich auszeichnet. In den vier Themenwelten „Energie neu denken“, „Ressourcen schonen“, „Mobilität gestalten“, „Quartiere entwickeln“ sind die besten Projekte in Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden.

Wir wollen das auch weiterhin machen sowie breites und bürgerschaftliches Engagement für den Klimaschutz würdigen.

Meine Damen und Herren, mehr als ein Viertel der Mittel unseres Einzelplans entfällt auf die Leistungen an Kirchen und Religionsgemeinschaften. Dieses Kapitel enthält – Herr Marsching hat es kritisiert – zwei neue Ausgabetitel: Verpflichtungsermächtigungen für Zuschüsse an die katholische und evangelische Kirche, um in 2018 und 2019 den Katholikentag in Münster und den Evangelischen Kirchentag in Dortmund unterstützen zu können.

Ich will ausdrücklich sagen: Ich bin den Fraktionen, die diesen Ansatz unterstützen, ausgesprochen dankbar für diese Unterstützung, freue mich, dass wir als Landesregierung wie schon in der Vergangenheit diese bedeutenden Großveranstaltungen der großen christlichen Kirchen unterstützen können und danke, dass wir dafür eine große Mehrheit in diesem Landtag haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf einen Punkt hinweisen, weil er im Zusammenhang mit der Diskussion um den Standort Bonn und das Berlin/Bonn-Gesetz von Bedeutung ist: Wir wollen mit diesem Haushalt unterstreichen, dass wir den internationalen Standort Bonn weiterhin unterstützen.

Wir haben vorgeschlagen – ich freue mich, dass auch das mitgetragen wird –, dass wir die Verhandlungen zur Veräußerung unserer ehemaligen Landesvertretungsliegenschaft in Bonn auch dadurch unterstützen können, dass ermöglicht wird, dies ohne öffentliches Ausschreibungsverfahren auf der Basis eines entsprechenden Wertgutachtens tun zu können. Dazu bedarf es einer Ermächtigung durch den Haushaltsgesetzgeber. Das ist im Haushaltsentwurf so vorgesehen. Auch dafür danken wir.

Wir glauben, dass dies ein wichtiges Element sein wird, den internationalen Standort, den UN-Campus in Bonn zu stärken und damit unseren internationalen Verpflichtungen in diesem Bereich nachzukommen. Ich bin optimistisch, dass das auch andere, insbesondere die zuständigen Bundesressorts und die Bundesregierung weiterhin tun werden.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die weitere Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Lersch-Mense. – Nun hat für die CDU-Fraktion zu einem anderen Abschnitt dieses Einzelplans der Abgeordnete Dr. Bergmann das Wort.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Der Einzelplan 02 umfasst auch die Landesplanung. Dass ein zweiter Entwurf nicht unbedingt ein großer Wurf sein muss, beweist der zweite Entwurf des LEP.

Die vielen Einwände der Beteiligten wurden aus Sicht der CDU unzureichend gehört und berücksichtigt. Das, finde ich, ist noch nett formuliert, denn man könnte sagen: Sie wollen wohl die Leute in Teilen veräppeln. Da wird laut getönt, der umstrittene Klimaschutzplan sei im Interesse der Wirtschaft aus dem LEP gestrichen worden. Dabei wird aber vergessen zu erwähnen, dass die Ziele nur auf die Regionalebenen weggedrückt wurden, also der Wirtschaft in jedem Fall das Leben erschweren werden.

Auch der restriktive Ansatz bei der Fläche steht wegen der landeseinheitlichen Berechnungsmethode weiter in der Kritik. Die Herunterstufung des Fünf-Hektar-Ziels zum Grundsatz bleibt also reine redaktionelle Kosmetik.

Sie schaffen starre Grundlagen, die nicht nur, aber auch angesichts der aktuellen Lage auf dem Wohnungsmarkt weder Kommunen noch Bezirken noch dem Land helfen werden, da jetzt schnelles flexibles Handeln angesagt ist und nicht dogmatische Starre.

(Beifall von der CDU)

Und – Premiere –: Inzwischen hat auch die Unlogik in den zweiten LEP-Entwurf Einzug gehalten. Ein Beispiel dafür: Da streichen Sie die gerade zur Aktualisierung anstehende und von Herrn Minister Groschek zu bearbeitende und für die Erweiterungsplanung so wichtige Hafen- und Logistikkonzeption, während Sie das völlig veraltete Luftverkehrskonzept schön als Bezug im LEP belassen.

Dabei basiert das Konzept auf fast 20 Jahre alten Daten mit der Folge: Beim drittgrößten Passagierflughafen in Nordrhein-Westfalen – das ist der Flughafen Weeze/Laarbruch – handelt es sich bei Ihnen somit weiter um ein Konversionsprojekt. Der häufig im Ausschuss erfolgte Hinweis auf die Regionalbedeutsamkeit des Flughafens und dass sich daran nichts ändern werde, stimmt so nicht, da Weeze beim letzten LEP „nur“ Konversionsprojekt war und nun durch Einbau des veralteten Konzeptes auch bliebe. – Das ist völlig an den Fakten, den Realitäten und am Heute vorbei.

Ich erneuere überdies meine Kritik, dass Euregios und Entwicklungen entlang der nordrhein-westfälischen/niederländischen Grenze im LEP nicht gespiegelt werden. Das Wort „Euregio“ kommt gar nicht vor, obwohl diese Regionen viele Chancen für Nordrhein-Westfalen eröffnen.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Wann nehmen Sie endlich diese Realitäten zur Kenntnis? Wir meinen, dass eine Generalüberholung nötig ist, um aus dem LEP nicht wie befürchtet einen Verhinderungsplan, sondern doch noch einen Entwicklungsplan zu machen. Schade, dass unnötigerweise viel Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen aufs Spiel gesetzt wird.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Haushaltsansätze für den LEP summieren sich 2013 auf inzwischen mehr als 3 Millionen €. Wir meinen: Für so viel Geld muss endlich auch mal etwas Ordentliches geliefert werden.

Wir von der CDU sind gespannt, wie sich die weiteren Beratungen dazu im Ausschuss darstellen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Bergmann. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Thiel.

Rainer Christian Thiel (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kol-

legen! Herr Dr. Bergmann, wer sich wie Sie hierhin stellt und sagt: „Es ist doch völlig egal, ob etwas ein Ziel oder ein Grundsatz ist“,

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Habe ich nicht gesagt!)

macht deutlich, dass er die Grundprinzipien der Landesplanung nicht verstanden hat.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Wann habe ich das denn gesagt?)

– Das haben Sie eben gesagt.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Stimmt nicht!)

Ob es ein Grundsatz oder ein Ziel ist, sei banal, wir würden damit nur etwas wegwischen. – Es ist nicht banal! Es gehört zum Wesen der Landesplanung, zwischen Zielen und Grundsätzen zu unterscheiden und damit Bedeutungen festzulegen. Das ist eben nicht, wie Sie sagen, banal. Sie machen damit nur deutlich, dass Sie das innere Wirken des Landesentwicklungsplanes nicht verstehen oder nicht verstehen wollen, was letztlich aufs Gleiche hinausläuft und deswegen auch egal ist.

(Thorsten Schick [CDU]: Sie haben ein Grundsätzlichkeitsproblem!)

Landesplanung ist eine wichtige Aufgabe der Landesregierung. Daher ist sie zu Recht bei der Staatskanzlei angesiedelt. Ich meine, sie befindet sich bei der Staatskanzlei auch in guten Händen.

Schwarz-Gelb hat seinerzeit keinen Landesentwicklungsplan zustande gebracht. Die jetzige Landesregierung hat – 2013 war der Kabinettsbeschluss – bereits einen LEP auf den Weg gebracht. Er hat ein umfangreiches Beteiligungsverfahren hinter sich und wurde dabei nicht – wie Sie sagten – zerrissen, sondern das Beteiligungsverfahren hat gute Anregungen gebracht, die eingearbeitet wurden. Das ist nun einmal der Sinn und Zweck von Beteiligungsverfahren. So arbeitet diese Landesregierung; sie nimmt Vernünftiges auf.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zum Vernünftigen gehört auch, dass das 5-Hektar-Ziel Grundsatz geworden ist, weil man damit einen ausgewogenen Weg zur bedarfsgerechten Versorgung mit Flächen für Siedlung und Wirtschaft erreichen kann. Das wird auch aufgezeigt.

Die Verbindung zum Klimaschutzplan NRW ist zu Recht herausgenommen worden. Gerade Sie haben das immer kritisiert. Jetzt sagen Sie, dass sei banal. Ich kann das nicht nachvollziehen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Aber „banal“ hat keiner gesagt, Herr Thiel!)

Der LEP ist in geänderter Fassung in ein zweites Beteiligungsverfahren gegangen. Bis zum 15. Januar 2016 erfolgen Stellungnahmen.

Aktuell wird zum LEP oft die Frage gestellt, ob er den Herausforderungen der Flüchtlingssituation gerecht werden könne. Man kann schon jetzt sagen, dass auch der überarbeitete Entwurf des LEP in der Grundkonstruktion robust ist und auf die veränderte Bevölkerungsentwicklung reagiert. Es geht um bedarfsgerechte Wohnbauflächen und Wirtschaftsflächen.

In NRW gibt es erhebliche Wohnbauflächenpotenziale. Diese gilt es nun zu realisieren. Das Land unterstützt dabei unsere Kommunen zum Beispiel durch den Grundstücksgipfel, den Wohnungsbauminister Groschek bereits initiiert hat. Zusammen mit den Kommunen sucht er jetzt Wege, das Bauland zum Zwecke des Wohnungsbau und des Siedlungsbaus zu mobilisieren.

Da sind wir auf einem guten Weg. Der LEP hilft uns dabei. Er ist so angelegt, dass er den Gelegenheiten, Gegebenheit und Herausforderungen der Region Nordrhein-Westfalen bei der aktuellen Flüchtlingssituation, bei den Klimaschutz- und Klimafolgeanpassungen und bei der Entwicklung unserer Metropolregion gerecht wird. Zur Entwicklung unserer Metropolregionen haben Sie gar nichts gesagt. Der LEP hat bedeutende Rahmenbedingungen ermöglicht, damit sich die Metropolregion Rhein-Ruhr entwickeln kann; das war Ihnen und auch uns immer ein großes Anliegen.

Auch das Rheinland macht sie auf den Weg und entwickelt seine Metropolstrukturen. Auch bei der Sicherung der regionalen Vielfalt und Identität bietet der LEP hervorragende Rahmenbedingungen.

Es geht also um ein starkes und zukunftsorientiertes Nordrhein-Westfalen. Es geht um einen guten LEP. Es geht um die gute Arbeit der Staatskanzlei. – Wir empfehlen Zustimmung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Thiel. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Thiel, ich habe den Kollegen Herrn Dr. Bergmann hinsichtlich der Grundsätze und Ziele – darauf achte ich auch immer sehr – anders verstanden als Sie.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Richtig in Ihrer Darstellung, die Sie eben vorgenommen haben, ist, dass Sie das Umweltministerium zum Thema „LEP und Flüchtlingsproblematik“ richtig zitiert haben. Das ist in Ordnung.

(Vereinzelt Lachen von der CDU)

Meine Damen und Herren, Landesplanung ist zusammenfassend, übergreifend und übergemeind-

lich. Sie muss langfristig orientiert sein. Deswegen gilt es, Flexibilität einzuführen und zu verstärken.

Herr Lersch-Mense, Verwaltung und Politik haben eines gemeinsam: Wir sind nicht nur dafür verantwortlich, dass das, was wir sagen, richtig ist. Wir müssen auch sicherstellen, dass es vor Ort richtig aufgefasst und umgesetzt wird. Damit haben wir beim vorliegenden LEP ein zentrales Problem.

Genug graswurzelsuchende Ideologen mit missionarischem Tunnelblick missverstehen den LEP bewusst als Verhinderungsinstrument. Das ist uns bekannt. Darauf muss die Landesregierung in ihrem Entwurf auch reagieren. Das muss klargestellt werden.

Wir haben die Flächenmonstranz. Präsident Uhlenberg hat damals als Umweltminister zusammen mit uns eine Allianz für die Fläche in NRW gegründet. Wir haben versucht, bewusst zu machen: Vorsicht beim Flächenverbrauch und bei der Flächennutzung!

Deswegen ist es für mich vom Grundsatz her nachvollziehbar, dass sich die Allianz für die Fläche in NRW unter einem anderen Titel im LEP widerfindet. Damit kann ich leben.

Aber zum 5-Hektar-Ziel müssen wir sagen: Was bedeutet Versiegelung? Ich mach es immer an einem Beispiel fest. Ein Grundstück ist 1.000 m^2 groß. Die Grundfläche eines Hauses darauf soll 100 m^2 betragen. Daraus folgt, dass hier 1.000 m^2 berechnet werden, obwohl nur 100 m^2 versiegelt werden.

(Beifall von der FDP und der CDU – Rainer Christian Thiel [SPD]: Grundsätzlich!)

Das ist eine Monstranz. So wird man in Wirklichkeit verfahren.

Wer über Flächen redet, muss sich auch über Folgendes klarwerden: Belasten die Siedlungsflächen den ländlichen Raum, die Flächen für die landwirtschaftliche Produktion? Es gibt auch noch andere Flächennutzungen: Ausgleichs- und Ersatzflächen. Es gibt Flächen, auf denen nachwachsende Rohstoffe angebaut werden. Ich nenne hierzu nur die Stichworte Mais und Biogas. Das treibt doch die Pachtpreise in die Höhe. Das führt doch zu Problemen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das alles müssen wir deutlicher machen.

Es ist schlimm, wenn der vorliegende Landesentwicklungsplan, der möglichst konsensual erstellt werden sollte, vor Ort bewusst missinterpretiert wird.

Mein Architekt muss sechs Wochen lang mit einer unteren Landschaftsbehörde diskutieren, warum die Familie Ellerbrock ein Haus mit einer Grundfläche von 140 m^2 bauen will. Der Landesentwicklungsplan habe doch das Ziel der Flächeneinsparung; die Familie Ellerbrock komme doch auch mit einer Grundfläche von 100 m^2 aus.

(Beifall von der FDP)

Das steht nicht im Landesentwicklungsplan, Herr Lersch-Mense, aber so wird dieser interpretiert. Dem müssen wir klar entgegenwirken.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, die Finanzmittel sind fortgeschrieben worden; wer die Damen und Herren der Landesplanung, die daran arbeiten, kennt, der weiß, dass sie es vernünftig machen. Sie arbeiten kostenbewusst. Daran, wie die Titel dargestellt sind, habe ich nichts zu meckern. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben in diesen Tagen, dass die Welt immer enger zusammenrückt. Täglich suchen viele Menschen bei uns Schutz. Auch daran wird überdeutlich, wie eng wir im globalen Dorf miteinander verbunden sind. Wir wissen, dass unser Lebensstil in den reichen Ländern und unsere wirtschafts- und außenpolitischen Entscheidungen einen starken Einfluss auf die Lebenssituation in anderen Ländern haben. Umgekehrt ist es so, dass die Entwicklungen vor allem in den armen Ländern und den Schwellenländern Rückwirkungen auf uns haben. Wir sehen das im Moment besonders deutlich an den Flüchtlingszahlen.

Die Ursachen für Migration und Flucht liegen in Krieg und Verfolgung, aber auch in den enormen Einkommensunterschieden zwischen reichen und armen Ländern. Dazu kommt, dass weltweit schätzungsweise 40 Millionen Menschen allein aufgrund des Klimawandels auf der Flucht sind, weil dieser ihnen ihre Lebensgrundlagen entzieht.

Meine Damen und Herren, NRW nimmt angesichts dieser Situation bzw. dieser globalen Verflochtenheit seine globale Verantwortung wahr. Das zeigt sich sehr deutlich an unserer Haushaltsgestaltung. Wir werden in diesem Bereich auch weiterhin über die Zuwendungen an die GIZ Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern direkt fördern. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Die GIZ fördert eine Universität in Kumasi. Dort soll das Kompetenzzentrum für erneuerbare Energien und Ressourcenschutz ausgebaut werden. Damit fördern wir unmittelbar die Entwicklung vor Ort.

Wir werden weiterhin in Projekte von NRW-Nichtregierungsorganisationen investieren, die wir in Kooperation mit anderen NGOs in unseren Partnerländern haben. Diese Investitionen werden, orien-

tiert an unserer Eine-Welt-Strategie, vor allen Dingen in die Bereiche Bildung, Umwelt, Ressourcenschutz, Gesundheit und Frauenförderung gehen.

Meine Damen und Herren, Aufgabe der Bundesländer in diesem Bereich ist vor allen Dingen die entwicklungspolitische Bildungs- und Vernetzungsarbeit. Das tun wir hier in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit dem Eine Welt Netz NRW – und natürlich vor allen Dingen mit dem NRW-Promotorinnenprogramm. Dieses Programm hat bundesweit einen hervorragenden Ruf. Wir können stolz darauf sein, dass es als Blaupause bzw. Vorbild für die Einführung eines bundesweiten Promotorinnenprogramms dient. Weil das so ist und weil die Promotorinnen so gut und segensreich arbeiten, wollen wir dieses Programm auch weiter stärken.

Wir haben als rot-grüne Koalition einen Antrag vorgelegt, den jetzt mit 1 Million € im Haushalt festgeschriebenen Ansatz um weitere 120.000 € zu erhöhen, damit nicht nur die Weiterführung des Programms möglich ist, sondern auch seine Erweiterung auf den Weg gebracht werden kann.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Zum Beispiel soll damit eine neue Regionalstelle für die Region Bonn finanziert werden. Diese Erhöhung soll ferner dazu dienen, faire Löhne für gute Arbeit der Promotorinnen zu gewährleisten.

Insgesamt bedeutet das eine Stärkung der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft mit ihren vielen Tausend ehrenamtlich Engagierten. Diese Ehrenamtlichen wollen wir qualitativ und quantitativ noch besser unterstützen. Genau das leistet der Ausbau des Promotorinnenprogramms.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wichtige Säulen entwicklungspolitischer Arbeit sind auch Forschung und Beratung. Wir können stolz darauf sein, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen, nämlich in Bonn, das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik haben. Aus meiner Sicht ist es einer der besten Thinktanks in diesem Bereich. Wir finanzieren das diesmal nicht aus Mitteln dieses Haushaltsplans, sondern aus Mitteln des Einzelplans 06. Da ist es als wissenschaftliches Institut auch besser eingeordnet. Das ist aber eine für unsere Eine-Welt-Arbeit notwendige und sehr vernünftige Investition.

(Beifall von den GRÜNEN)

Last, but not least haben wir im Juni dieses Jahres insgesamt für die Landesregierung die Implementierung der globalen Nachhaltigkeitsziele durch die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Ich glaube, damit sind wir gemeinsam mit der Landesregierung auf einem sehr guten Weg; denn die Eine-Welt-Politik wird dann wirksam, wenn sie als Querschnittsaufgabe in allen Ressorts umgesetzt wird. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sind gerade die Bereiche Klima-, Wirtschafts- und Energiepolitik relevant.

Damit komme ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu einem anderen Haushaltsabschnitt, nämlich dem Landesentwicklungsplan. Das Wichtigste vorab – wir haben das schon gehört –: Der Haushaltsansatz in unserem Einzelplan 02 bleibt für den Bereich Landesplanung gegenüber 2015 unverändert. Die momentan stattfindende zweite Phase der Träger- und Öffentlichkeitsbeteiligung läuft noch bis Mitte Januar 2016. Anschließend wird die Staatskanzlei die Auswertung vorlegen. Wir werden diese Auswertung dann hier, wenn alles gut läuft, bis zur Sommerpause 2016 bewerten. Dann kann der LEP als Rechtsverordnung von diesem Haus beschlossen werden.

Ich freue mich gemeinsam mit meiner Fraktion über einige markante Änderungen gegenüber der Ursprungsversion. So wurde ein eigenes Unterkapitel „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ermöglichen“ eingefügt. Damit wurde die Bedeutung der räumlichen Entwicklung für einen attraktiven Wirtschaftsstandort hervorgehoben.

Ebenso erfreulich ist, dass wir als Nordrhein-Westfalen – übrigens als erstes Bundesland – Fracking ausschließen. Diese unverantwortliche Technologie wollen wir hier in Nordrhein-Westfalen nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das haben wir im LEP jetzt auch so festgelegt. Dieses Ziel wurde übrigens in ganz vielen Kommunen fraktionsübergreifend durch Ratsbeschlüsse eingefordert. Damit haben wir auch die Unterstützung für kein Fracking in Nordrhein-Westfalen aus dem kommunalen Raum.

Ein wichtiger Punkt ist auch, dass der Nationalpark Senne dort nun festgeschrieben ist. Darüber freuen wir uns sehr.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das wird ein ganz wichtiger Impuls für die Region sein. Ich glaube, dies ist ein wichtiger Schritt nach vorne, um die Region dort weiterzuentwickeln und in diesem Bereich Naturschutz und nachhaltige Bildung zu gewährleisten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Entwurf des LEP eine qualifizierte Fortschreibung der räumlichen Zielsetzung ermöglicht und den Kommunen im Rahmen ihrer Planungshoheit größere Spielräume gewährt.

Meine Damen und Herren, das Prinzip „Global denken, lokal handeln – Verantwortung für die Eine Welt übernehmen“ zeigt sich in diesem Haushalt. Das tun wir hier in Nordrhein-Westfalen. Das ist gut für die Menschen in Nordrhein-Westfalen und für die Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Asch. – Für die Piratenfraktion spricht jetzt Herr Lamla.

Lukas Lamla[*)] (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier und zu Hause! Der Medienhaushalt macht mit seinen insgesamt ca. 20 Millionen € auch weiterhin einen verschwindend geringen Anteil am Gesamthaushalt aus. Nach wie vor geht das meiste aus diesem Topf an die Film- und Medienstiftung NRW und an das Grimme-Institut, nämlich insgesamt mehr als drei Viertel der veranschlagten 20 Millionen €.

Viel bleibt also auch im kommenden Jahr nicht für die Landesregierung übrig, um die dringend notwendigen und im Übrigen auch selbst gesteckten Ziele zu verfolgen und die entsprechenden Entwicklungen voranzubringen. Daher möchte ich mich an dieser Stelle weniger auf den größten Teil der 20 Millionen € beziehen, die direkt an andere Institutionen fließen, und vielmehr ansprechen, was mit den restlichen knapp 25 % der Summe geschieht.

Sie erinnern sich sicherlich noch alle an die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin Anfang dieses Jahres. Sie sprach dort von ihrer Vision eines NRW 4.0, das ihr eine Herzensangelegenheit sei. Sie sprach außerdem davon, dass es nicht nur Veränderungen im wirtschaftlichen Sektor und der Arbeitswelt geben solle, sondern dass die Digitalisierung auch die kulturelle und gesellschaftliche Grundlage verändern werde. Sie wollte, dass die Veränderungen kein Selbstzweck sind, sondern in den Dienst der Menschen gestellt werden und somit letztlich für ein besseres NRW stehen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal die Ministerpräsidentin zitieren. Sie sagte:

> „Der digitale Wandel verändert viel, aber er verändert – ich sage das ganz bewusst – Gott sei Dank nicht alles. Geborgenheit in der Familie, Wertevermittlung, gute Bildung, Betreuung, Erziehung zu Hause, in Kita und Schule – da geht es immer um enge, direkte menschliche Beziehungen. Das alles soll und darf Digitalisierung nicht ersetzen. Aber sie kann Teil dieser Welt werden.“

Genau darum geht es. Damit hat die Ministerpräsidentin tatsächlich recht. Das Problem ist nur, dass dies nicht nur dann erreicht werden kann, wenn die entsprechenden Maßnahmen getroffen werden, sondern wir dafür auch Geld in die Hand nehmen müssen und entsprechende Maßnahmen viel stärker fördern müssen, als wir es bisher getan haben.

Wir Piraten sind für die Digitalisierung in allen ihren unterschiedlichen Facetten unseres Alltagslebens. Wir müssen die vielen Möglichkeiten einfach viel offener zulassen und uns damit arrangieren, dass die schon angestrengten Entwicklungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

Allerdings bedarf es einer gewissen Kompetenz, um dieses Ziel zu erreichen. Ganz konkret bedeutet dies, dass etwas dafür getan werden muss, die Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu stärken. Anfangen muss man da bereits bei den Kindern und Jugendlichen, die heute nahezu wie selbstverständlich mit den neuen Medien, mit Handys und dem Internet aufwachsen – und oftmals leider auch sehr arglos und unbedacht damit umgehen. Das ist aber auch kein Wunder. Denn von wem sollen sie es gelernt haben?

Um diese Schieflage auszugleichen und die Menschen genauso adäquat auf das digitale Leben vorzubereiten, wie man es auch in anderen Bereichen tut, bedarf es mehr als einer punktuellen Veranstaltung wie zum Beispiel einem Medienkompetenztag oder Ähnlichem. Es müssen vielmehr Programme aufgesetzt werden, die kontinuierlich über eine längere Zeit hinweg eine qualitativ hochwertige Ausbildung der entsprechenden Kompetenzen gewährleisten.

Wir sind der Meinung, dass dies im Haushaltsentwurf mit den veranschlagten Geldern schlicht und ergreifend zu wenig berücksichtigt wird. Das reicht nicht aus. An dieser Stelle muss eindeutig mehr geschehen, und es muss mit mehr Weitsicht gehandelt werden, als das jetzt im Haushaltsentwurf abgebildet ist.

(Beifall von den PIRATEN)

Dieser Haushalt lässt zumindest in dieser Form nichts von einer Herzensangelegenheit „NRW 4.0“ erkennen. Vielmehr fühle ich mich abermals an den Anfang dieses Jahres und die Regierungserklärung zurückversetzt. Von damals ist mir allerdings eher das Bild der Ministerpräsidentin in Erinnerung geblieben, als sie ein künstliches Herz in der Hand hielt und präsentierte. Ein wahres Herz für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes würde sie jedenfalls beweisen, wenn sie entsprechende Maßnahmen ergreifen würde, die die Digitalisierung zu einem Teil des normalen Alltags werden ließen, statt sie letztlich doch nur als etwas Künstliches und Fremdes darzustellen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lamla. – Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Lersch-Mense.

Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Nach den Debattenbeiträgen zur Landesplanung kann ich mich auf wenige Anmerkungen beschränken.

In der Tat ist der Landesentwicklungsplan das große Projekt der Landesplanung. Wir sind froh, dass er nun mit dem zweiten Beteiligungsverfahren auf einem guten Weg ist. Wir haben ja – wir hatten schon mehrfach die Gelegenheit, miteinander darüber zu sprechen – eine Reihe nicht marginaler Veränderungen vorgenommen. Deshalb befinden wir uns jetzt in dem zweiten Beteiligungsverfahren.

Herr Ellerbrock, ich bin Ihnen dankbar für die Klarstellung – Sie verstehen etwas von Landesplanung; das will ich Ihnen gerne zugestehen –, dass man die Haushaltsansätze der letzten Jahre nicht einfach aufaddieren kann, weil sich durch die Verzögerung Verschiebungen und Verlagerungen von Haushaltsmitteln ergeben haben. Ich bin Ihnen auch dankbar dafür, dass Sie von Missverständnissen gesprochen haben, die es im Zusammenhang mit dem LEP zu vermeiden gilt, und gesagt haben, dass möglicherweise auch von interessierter Seite bewusst Regelungen des LEP missverstanden werden.

Dann habe ich aber eine Bitte an Sie: Tragen Sie selbst dazu bei, dass diese Missverständnisse nicht entstehen. Ich hatte eben ein wenig den Eindruck, dass Sie hier diese Missverständnisse zitieren und sie damit verstärken, anstatt dazu beizutragen, sie auszuräumen.

Ich will dies auch gerne an einem Beispiel belegen. Sie haben immer wieder vom Flächensparziel 5 ha gesprochen. Sie wissen aber ganz genau, dass wir vom ersten Entwurf des Landesentwicklungsplans zum zweiten Entwurf hin genau dieses Ziel des maximalen Flächenverbrauchs von 5 ha pro Tag in einen Grundsatz umgewandelt haben. Sie wissen, dass ein Grundsatz für eine weitere Abwägung mit anderen Zielen und Grundsätzen offen ist und damit wesentlich flexibler zu handhaben ist. Wir haben das getan, weil wir natürlich auch das Problem sehen, genau zu definieren, was denn – in Anführungszeichen – „Flächenverbrauch“ ist und ob jede Flächenausweisung unmittelbar einen Verbrauch von Fläche darstellt.

Deshalb lautet meine Bitte, das richtig darzustellen. Es handelt sich nur noch um einen Grundsatz. Damit ist ein Teil der Kritik, die an diesem Ziel und seiner Umsetzbarkeit im Bereich der Regionalplanung zu Recht geübt worden ist, nicht mehr aktuell und somit hinfällig geworden.

(Beifall von Georg Fortmeier [SPD])

Ich würde Ihre Ausführungen auch gerne so verstehen, Herr Ellerbrock, dass Sie andeuten, dass wir es vielleicht doch hinkriegen können, nach dem Abschluss des zweiten Beteiligungsverfahren hier zu einer breiten parlamentarischen Mehrheit für den Landesentwicklungsplan zu kommen. Mich würde das jedenfalls freuen; denn Landesentwicklungspläne haben Laufzeiten, die über Legislaturperioden hinausreichen. Deshalb wäre es ein gutes Zeichen für unser Land und für dieses Parlament, wenn wir hier Einvernehmen erzielen und eine breite Mehrheit für einen neuen Landesentwicklungsplan erreichen könnten.

Zu den Ausführungen von Herrn Lamla nur einige kurze Anmerkungen: In der Tat ist es richtig, dass uns die Digitalisierung gerade im Medienbereich vor massive Herausforderungen stellt, was sowohl die Veränderungen in der Produktion von Content oder Inhalt im Medienbereich als auch das veränderte Nutzer- oder Rezipientenverhalten angeht.

Nicht richtig ist Ihre Einschätzung, dass die Landesregierung dem nicht auch durch ausreichende Mittelgewährung Rechnung tragen würde. Die Mittel, die Sie zitiert haben, die an die Film- und Medienstiftung NRW oder an das Grimme-Institut gehen, sind ja keine Mittel, die nur für traditionelle Medienproduktionen zur Verfügung stehen. Vielmehr stehen diese Mittel gerade auch für Projekte im Bereich der Digitalisierung und für Fragen der Digitalisierung im Medienbereich zur Verfügung.

Lassen Sie uns also gemeinsam daran arbeiten, den in der Tat gewaltigen Herausforderungen, die in diesem Bereich bestehen, zu begegnen. Schließlich wollen wir den starken Medienstandort NRW auch weiterhin stark erhalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Lersch-Mense. – Als nächste Rednerin für die CDU-Fraktion steht Freifrau von Boeselager auf der Rednerliste.

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über den Haushalt für den Teilbereich „Europa und Eine Welt“. Ich muss feststellen – Herr Minister Lersch-Mense, Sie sind ja neu in diesem Amt –, dass er Jahr für Jahr überrollt wird. Es ist nichts wesentlich Neues zu erkennen.

Herr Staatssekretär Dr. Eumann hat uns zwar in der Sitzung des Europaausschusses mitgeteilt, dass sich Europa in einer Ausnahmesituation befindet und vor einer Zerreißprobe und riesigen Aufgaben steht. Aber ich kann nicht erkennen, dass sich das irgendwo im Haushalt widerspiegelt. Es ist eher der Haushalt eines Biedermanns. Nun muss das ja nicht schlecht sein. Aber wir sind das bevölkerungsreichste Land innerhalb Europas. Insofern haben wir auch eine besondere Verpflichtung, auf dieses Europa einzuwirken und zuzugehen.

Was sich im Haushalt bewährt hat, wollen wir natürlich nicht infrage stellen, ob das die Europaschulen sind oder das Weimarer Dreieck ist. Aber mir fehlt etwas Neues, was für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben wichtig wäre.

(Marc Herter [SPD]: Dann stellen Sie doch einen Antrag!)

Mir fehlen Impulse, welche emotionalen Themen wir auch innerhalb der EUREGIO aufgreifen sollten. Hier könnte man neue Schwerpunkte setzen.

Was die Eine-Welt-Politik angeht, so finden wir das Promotorenmodell sehr wichtig. Es geht darum, dass wir die vielen Ehrenamtlichen bündeln. Das ist für unser großes Land Nordrhein-Westfalen auch für die Zukunft in der Tat eine wichtige emotionale Aufgabe.

In der Eine-Welt-Politik hat es aber auch gestockt. In Bezug auf Mpumalanga oder Ghana sind wir in der Entwicklung nicht weitergekommen.

Momentan stehen wir in Europa vor riesigen Flüchtlingsproblematiken. Hier könnte man neue Perspektiven liefern. Beispielsweise könnte man sich die Frage stellen: Wie kann das Land Nordrhein-Westfalen dazu beitragen, dass es weniger Fluchtursachen gibt? Ich denke, dass wir da generell einer Meinung sind. Wir sollten uns aber fragen, wie wir als Land Nordrhein-Westfalen noch stärker dazu beitragen können.

Nächstes Jahr feiern wir 25 Jahre der guten nachbarschaftlichen Beziehungen zu Polen. Wir haben ein großes Jugendprogramm mit Polen, das auch für 2016 positive Zeichen setzen wird, denke ich. Ich bin allerdings der Meinung – diese Aufgabe möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben –, dass Sie in der Staatskanzlei selbst darüber nachdenken, welche neuen Perspektiven Sie für Europa und die Eine Welt liefern könnten. Wir würden Sie gerne dabei unterstützen; denn das ist ein wichtiges Ziel. Wir sind uns einig, dass es sich nicht lohnt, darüber über Parteigrenzen hinweg zu streiten. Vielmehr wollen wir uns kreativ mit einbringen.

Zum Abschluss möchte ich noch Folgendes betonen: Es ist wichtig – Sie haben es dankenswerterweise angesprochen –, klare Zielvorstellungen für die Zukunft von Bonn/Berlin zu haben. Wir freuen uns, dass wir Sie auf unserer Seite haben; denn es ist für den UN-Standort Bonn und seine Internationalität sehr wichtig, weiterhin Ministerien in Bonn zu behalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Freifrau von Boeselager. – Als nächster Redner spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Münchow.

Volker Münchow (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich direkt dem Appell von Frau von Boeselager anschließen. Wenn wir es in Deutschland und in anderen westlichen Ländern endlich schaffen würden, das 0,7-%-Entwicklungshilfeziel umzusetzen, dann wären vielleicht viele Probleme in den Ländern gelöst, aus denen die Flüchtlinge hierher kommen. Ich kann nur noch einmal an alle appellieren – Nordrhein-Westfalen ist da leider nicht in der Verantwortung, sondern andere –: Wir müssen alle gemeinsam daran arbeiten, dass dieses Ziel endlich umgesetzt wird. Das ist von ganz zentraler Bedeutung.

NRW ist in Europa fest verankert und hat als dessen größte Region ein vehementes Interesse an Europa – wirtschaftlich, politisch und kulturell. Brüssel liegt näher an Düsseldorf als Berlin. Unser Land hat schon immer einen regen Austausch mit den Beneluxländern gepflegt, aber vor allen Dingen auch mit Frankreich.

Als größtes deutsches Bundesland pflegen wir auch Kontakte in die ganze Welt. Die Ministerpräsidentin und der Wirtschaftsminister sind gerade aus Südamerika zurückgekommen, wo sie für unser Bundesland geworben haben. Mit Ghana und Mpumalanga haben wir Kontakte in andere Regionen der Welt. Die Erhöhung der Mittel im Promotorenprogramm stärkt das zivilgesellschaftliche Engagement. Dafür sind wir dankbar.

In Europa hat NRW enge Beziehungen zu Schlesien und Nord-Pas de Calais. Frankreich ist unser enger Partner und wurde jetzt von abscheulichen Terroranschlägen getroffen. Der Opfer haben wir alle gemeinsam am Mittwoch in diesem Hohen Haus gedacht.

Was gerade in Polen passiert und ganz aktuell in Dänemark – Sie konnten es heute in der Zeitung lesen; dort werden Dinge abgelehnt, die ein weiteres Zusammengehen von Europa betreffen –, macht mich aber genauso unruhig wie der Terror. Die Nichtaufnahme von Kriegsflüchtlingen aus angeblicher Angst vor Terror ist schändlich und Europas Werten nicht angemessen.

(Beifall von der SPD, den PIRATEN und Reiner Priggen [GRÜNE])

Nach Ungarn zieht sich womöglich ein zweites Land Osteuropas aus dem gemeinsamen Wertekanon Europas zurück. Das müssen wir gemeinsam verhindern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde mir ein Europa der Zukunft wünschen, in dem wir keinen Platz mehr für nationale Ausfälle haben. Europa muss ein Kontinent unserer Werte – Freiheit, Selbstbestimmung und Solidarität – sein. Vielleicht müssen wir deshalb in Zukunft auch über andere Wege in diesem Europa nachdenken. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und Reiner Priggen [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Münchow. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu Europa komme, noch ein paar Anmerkungen zu Ihnen, Herr Lersch-Mense: Herr Minister, wenn es gilt, den Landesentwicklungsplan auf möglichst breiter Basis zu verabschieden, dann bitte ich darum – das habe ich mehrfach für meine Fraktion erklärt –, dass wir daran mitarbeiten können.

Das setzt natürlich auch eine inhaltliche Auseinandersetzung voraus. Wir haben einen Antrag gestellt, von dem selbst der Kollege Eiskirch damals sagte, das sei eine Grundlage, wie wir weiter zusammenarbeiten könnten. Die Signale zur Zusammenarbeit aus Ihrem Hause sind zumindest so, dass ich sie nicht verstanden habe. In manchen Bereichen kann sogar ich feinfühlig sein, beim Hören zum Beispiel. Das hätte ich, glaube ich, gehört.

Zweitens. Natürlich haben Sie recht, wenn Sie vom Grundsatz des 5-Hektar-Ziels sprechen. Das ist aber etwas für Fachleute. Draußen wird das nicht verstanden. Dass es draußen nicht verstanden wird, kann ich nachvollziehen; denn auf Seite 15 des jetzigen Entwurfs steht:

> „Ca. 15 % der Landesfläche sind als Kernflächen eines alle Landesteile übergreifenden Biotopverbundes erfasst ...“

Wir haben diese 15 % in der Biodiversitätsstrategie verankert. Sie stehen auch im Entwurf des Landesnaturschutzgesetzes. Wenn Sie auf der einen Seite solche Forderungen stellen und auf der anderen Seite erklären: „Aber das 5-Hektar-Ziel meinen wir ja nur als Grundsatz“, passt das nicht zusammen.

Ihre Aufgabe ist es – das ist der Ärger, der Ihnen als Chef der Staatskanzlei dienstgradmäßig zusteht –, das zusammenzufassen und damit dem Kollegen Remmel, der ja auch nicht – das muss ich auch einmal sagen – in allen Dingen beratungsresistent ist ...

> (Zuruf von Minister Franz-Josef Lersch-Mense)

– Ja, da haben wir eine ganz andere Wahrnehmung. – Das ist der Ärger, den Sie auflösen müssen. Gucken Sie einmal; meine Kollegin kriegt schon fast Schnappatmung, weil ich das sage. Ich meine es aber so.

> (Beifall von der FDP)

Frau Kollegin Asch, bevor ich zu Europa komme: Ich habe eine ganz andere Wahrnehmung der Probleme in der Energiepolitik. Es ist für mich abenteuerlich, sich dergestalt festzulegen, dass man noch nicht einmal einen Erkenntniszugewinn haben möchte, wo man in Nordrhein-Westfalen Gas gegebenenfalls auch mit unkonventioneller Förderung gewinnen will. Warten wir einmal ab, bis Gazprom für drei Monate eine Revision der Gasleitungen vornimmt, die ersten Kühltruhen ein bisschen auftauen und es anfängt zu riechen, von den industriellen Problemen ganz abgesehen! Ich glaube, dann werden wir ein ganz anderes Verständnis der Probleme haben.

Frau Asch und auch Frau von Boeselager, ich bin gerne bereit, Ihre Ausführungen in weiten Teilen mitzutragen; damit haben wir keine Probleme. Aber mit dem Promotorenprogramm hatten Sie doch in Solingen selbst gewisse Probleme, die Sie im Ausschuss dargestellt haben. Die Finanzierung des Promotorenprogramms verstehen vorzugsweise diejenigen, die selbst begünstigt sind. Alle anderen haben Schwierigkeiten mit der Sinnfälligkeit dieser Finanzierung. Das lehnen wir ab. Das ist überhaupt nicht in Ordnung.

> (Beifall von der FDP – Stefan Engstfeld [GRÜNE]: Das ist Unsinn!)

Meine Damen und Herren, was entwicklungspolitische Bildung und Zusammenarbeit angeht, sagen wir Nein dazu. Das müssen wir nicht finanzieren. Wir machen keine Nebenaußenpolitik in Nordrhein-Westfalen. Das soll nicht sein.

Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist auch so ein Schmankerl. Da wird Geld ohne Verbindlichkeit von A nach B geschoben. Wenn ich eine Verbindlichkeit, was mit dem Geld geschieht, erreichen will, muss ich letztendlich auch einem Schiedsgericht zustimmen, dem man sich dann unterwirft. Das ist aber nicht gewollt. Hängt das damit zusammen, dass TTIP im Raume steht und man das da nicht haben will? Ich sage: Entwicklungszusammenarbeit ohne Verbindlichkeit ist ein Blindflug, das wollen wir so nicht haben.

> (Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, den Bereich Entwicklungszusammenarbeit lehnen wir ab.

Lassen Sie mich zwei Worte zu Europa finden. Ich bin überzeugt, nicht nur nach den Ereignissen in Paris: Wir brauchen mehr Europa und nicht weniger Europa. Heute Morgen fand das parlamentarische Frühstück der Deutschen Kriegsgräberfürsorge statt. Wenn ich Europakritiker habe, die ich nicht überzeugen kann – ich sage das hier so deutlich –, versuche ich, eine Fahrt nach Ysselsteyn oder zu einem großen Kriegsgräberfriedhof durchzuführen. Wer über einen Kriegsgräberfriedhof läuft, der weiß, was 70 Jahre Frieden bedeuten, der weiß die Bedeutung Europas ganz anders darzustellen, der weiß, was uns Europa wert sein muss.

> (Beifall von der FDP)

Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger Europa. Ja zum Haushaltsansatz Europa von uns. – Danke schön.

> (Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kern.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Zunächst einmal möchte ich eine kurze Entschuldigung vorwegschicken. Die Zuschauer, die sich hier im Mittelblock befinden, haben es besonders verfolgen können. Wir haben hier über die verschiedensten Themen aus dem Einzelplan 02 gesprochen: Staatskanzlei, Medien, Europa und Eine Welt. Ich glaube, es ist generell schon nicht ganz einfach, eine Landtagsdebatte zu verfolgen. Es ist ja nicht unbedingt alles vergnügungssteuerpflichtig, wenn man nicht unbedingt im Thema ist. Aber es ist besonders schwierig, wenn dann die unterschiedlichen Redner von unterschiedlichen Fraktionen auch noch jeweils unterschiedliche Themen ansprechen, ohne direkt aufeinander einzugehen.

Das finde ich an der Stelle nicht geglückt. Ich hoffe, dass wir das in Zukunft wieder in dem geordneten Verfahren machen, wie wir das auch kennen. Ich kann mich an der Stelle nur für mich entschuldigen; für die anderen Fraktionen habe ich kein Mandat. Das nur vorweggeschickt.

Natürlich ist es richtig, wie die Kollegen Münchow und Ellerbrock es gemacht haben, dass man, wenn man jetzt wie ich zum Thema „Europa und Eine Welt“ sprechen möchte, natürlich nicht nur auf den Haushalt, sondern auch auf die Europäische Union an sich eingeht. Da lassen die letzten Monate doch erhebliche Zweifel an der inneren Verfasstheit der Europäischen Union aufkommen und größer werden.

Die Farce um die Aufnahme von Schutzsuchenden, die in unseren europäischen Meeren ertrinken und gegen europäische Grenzzäune gedrückt werden, spiegelt die aktuelle Verlogenheit der Europäischen Union wider. Freiheit, Vielfalt, Toleranz und Solidarität – die Worte werden von Europas Politikern zwar gern in den Mund genommen, doch sie haben anscheinend immer weniger Bedeutung.

Ich finde – das sage ich auch in meiner Rolle als Vorsitzender des Ausschusses für Europa und Eine Welt –, man kann auch einen Landeshaushalt im Bereich Europa und Eine Welt nicht unabhängig von diesen allgemeinen Entwicklungen betrachten.

Ich komme jetzt aber zum Haushalt. Das Engagement der Landesregierung in der Europapolitik ist weiterhin zu begrüßen. Den Haushaltsansatz im Bereich Europa halten wir, wie in den Vorjahren, für insgesamt gelungen. NRW genießt als europapolitischer Akteur weiter einen guten Ruf, Herr Minister. Das muss und soll so bleiben.

Das heißt nicht, dass hier alles uneingeschränkt gut ist. Zum Beispiel sollte die Arbeit des Ausschusses der Regionen transparenter gestaltet und stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden. Da leisten unsere Kollegen, Herr Töns von der SPD, aber auch Herr Engstfeld von den Grünen, gute Arbeit für das Land NRW. Es ist in unser aller Interesse, wenn das auch entsprechend gewürdigt und dargestellt wird. Ich denke, da sind wir uns hier einig.

Im Bereich Internationale Angelegenheiten und Eine Welt sieht die Bilanz allerdings etwas anders aus. Denn wenn man sich den Anspruch auf wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit in den Koalitionsvertrag schreibt – das unterstützen wir Piraten ja grundsätzlich –, dann muss man auch liefern.

Im Sinne der Haushaltstransparenz ist es vonnöten, eigene Haushaltsmittel oder Kapitel für die Aktivitäten im Rahmen der offiziellen Partnerschaften zu schaffen. Mittel für Ghana und ehemals Mpumalanga sind heute auch vier, fünf Haushaltstitel verteilt. Das ist intransparent. Hier will sich die Landesregierung wohl nicht so ganz in die Karten schauen lassen. Was wir brauchen, sind nachvollziehbare Mittelverwendungen und auch eine breite Akzeptanz für diese entwicklungspolitischen Vorgaben.

Meine Damen und Herren, die NRW-Landesregierung brüstet sich damit, engagierter Entwicklungsakteur zu sein, verheddert sich dabei aber in allzu vielen kleinteiligen Projekten weltweit. Eine Fokussierung der Entwicklungszusammenarbeit ist notwendig, die auch parlamentarisch erarbeitet werden sollte.

Eine-Welt-Politik kann eben nicht bedeuten, dass man in jedem Teil der Welt genau einmal aktiv wird. Diesem Anspruch wird der Haushalt nicht gerecht. Wir werden ihn daher ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Das war Herr Kern von der Piratenfraktion. – Nur spricht für die CDU-Fraktion Herr Schick.

Thorsten Schick[*)] (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für viele Unternehmen der Medienbranche ist das tägliche Geschäft schwieriger geworden. Zeitungen verlieren an Auflage, Radiosender kämpfen ums wirtschaftliche Überleben, und Mitarbeiter von Fernsehsendern haben nicht selten Sorgenfalten auf der Stirn, weil auch hier der Spardruck spürbar ist.

(Zuruf von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Traditionelle Geschäftsmodelle geraten unter Druck, weil durch die Digitalisierung neue Konkurrenten auftreten. Dieser Trend ist global. Wichtig ist allerdings, dass wir hier vor Ort unsere Hausaufgaben machen und für gerechtere Spielregeln sorgen wie bei den Bestrebungen zur konvergenten Medienordnung.

Außerdem muss die Medienpolitik Chancen erkennen und Zeichen setzen – Zeichen, die erkennen lassen, dass Nordrhein-Westfalen der beste Standort für Kreative in Deutschland ist. Das letzte kreative Zeichen dieser Art war der Wechsel der gamescom nach Nordrhein-Westfalen. 2009 war es Medienminister Krautscheid, der zur Zeit der schwarz-gelben Regierung diese weltweit größte Messe für Unterhaltungselektronik und Computerspiele nach Köln holte. Unter Rot-Grün wartet man auf kreative Impulse dieser Qualität vergebens.

Im Gegenteil, auch der diesjährige Haushalt wird im Wesentlichen fortgeschrieben, was schon in den vergangenen Jahren so gemacht worden ist. Freifrau von Boeselager sprach von einem Biedermeier-Haushalt. Ein Biedermeier-Haushalt in der Kreativwirtschaft – da merkt man schon, dass das nicht passt.

Kleine Verschiebungen hat es allerdings gegeben. Die Liebe von Rot-Grün zur Filmstiftung scheint etwas erloschen zu sein. Dagegen darf sich das Grimme-Institut über etwas höhere Zuwendungen freuen. Wichtiger wäre, dass es mehr Druck in Richtung der Gewinnung weiterer Gesellschafter und Auftraggeber geben würde.

Ansonsten ist die Landesregierung sehr kleinteilig und dirigistisch in der Medienpolitik unterwegs. Die Veränderungen im WDR-Gesetz sind dafür ein deutlicher Beleg. Die Akribie hätte ich mir bei einer anderen Initiative gewünscht, gemeint ist das Projekt „ZeitungsZeit“. Bei der letzten Zeitung im Jahr 2013, das ist schon fast zwei Jahre her, wurde diese Initiative von den Ministern Duin, Löhrmann und Schwall-Düren noch umfänglich gelobt. Doch mittlerweile scheint das Projekt in der Ablage verschwunden zu sein.

Dabei – ich denke, da müssten wir uns eigentlich einig sein – ist diese Initiative wichtiger denn je. Oder finden Sie es nicht wichtig, dass mit Schulklassen Zeitungen im Unterricht gelesen werden? Als ist gestern auf die Internetseite dieser Initiative geschaut habe, war sie offline – offline, wie die Medienpolitik der Landesregierung in weiten Teilen ist.

Wir werden den Haushalt ablehnen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schick. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Vogt.

Alexander Vogt[*)] (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schick, es war ja zu erwarten, dass Sie die Situation des Medienmarktes in Nordrhein-Westfalen schwarzmalen. Von daher lassen Sie uns einen Blick auf die Realität, lassen Sie uns einen Blick auf das Medienland Nummer eins in Deutschland werfen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen 25.000 Unternehmen in der Medien- und Kommunikationsindustrie. Wir haben über 400.000 Beschäftigte in diesen Bereichen. Wenn wir uns die einzelnen Branchen ansehen, haben wir im TV-Bereich mit dem WDR und RTL zwei herausragende Sender.

Auch die Produzentenlandschaft für den Kinobereich kann sich sehen lassen. NRW unterstützt die Filmszene durch die Film- und Medienstiftung. Diese ist mit einem Etat von 33 Millionen € die finanzstärkste Länderförderung. Wir haben in diesem Haushalt eine Kürzung um 750.000 €. Wir sind damit immer noch bei 9,6 Millionen € im Förderhaushalt dieser Stiftung. Es gibt eine Kompensation, die durch die Änderung der Rundfunkgebühren auf das Beitragsmodell zustande gekommen ist. Dort rechnet man mit einer Mehrförderung im Etat der Film- und Medienstiftung in Höhe von 1,4 Millionen €.

Schauen wir auf die Radiolandschaft. Im Radiobereich haben wir hier in Nordrhein-Westfalen ein einmaliges System. Wir haben 45 Lokalradios, wir haben radio NRW, das ein Mantelprogramm dazu liefert. Die Lokalradios haben insgesamt über 1.000 Beschäftigte hier in Nordrhein-Westfalen. Auf der anderen Seite haben wir den WDR mit seinen Radiosendern, die ein vielfältiges Themenspektrum abbilden.

Einen weiteren journalistischen Bereich haben Sie angesprochen: die Situation der Zeitungen. Drei der fünf großen Zeitungsgruppen sitzen hier in NRW, doch die Lokalzeitungen schwächeln. Das ist ein Bereich, um den sich Politik mit Rahmenbedingungen kümmern muss. Auf das Projekt „ZeitungsZeit“ sind Sie kurz eingegangen. Wir haben aber andere Initiativen der Landesregierung. Wenn wir an die Stiftung für Vielfalt und Partizipation denken, die darauf ausgerichtet ist, Journalismus vor Ort zu stärken, ist das mittlerweile eine Sache, die auch Ihrerseits akzeptiert wird. Sie hatten sie erst groß kritisiert, mittlerweile erkennen Sie sie aber als Stärkungsinstrument an.

Neben journalistischer Vielfalt sind uns die vielfältigen Unternehmen in NRW wichtig, vom Telekommunikationskonzern bis hin zum Internet-Start-up. Im Bereich der Kreativwirtschaft ist NRW ein starker Standort. Neben der Musikindustrie sind hierbei die Unternehmen zu betrachten, die im Bereich der digitalen Spiele und Games tätig sind. Hier fördert auch die Film- und Medienstiftung des Landes, gerade im Bereich der Games-Förderung. Mit der gamescom, die Sie angesprochen haben, die auch seit Jahren hier in Nordrhein-Westfalen gehalten wird, sind wir ein Standort, der auch international Beachtung findet.

Wir haben neben dieser Ausstrahlungskraft der gamescom eine Reihe weiterer Veranstaltungen in

Nordrhein-Westfalen: das Medienforum gemeinsam mit der ANGA COM, die INTERACTIVE COLOGNE, die dmexco und weitere machen deutlich, dass hier auf diesem Gebiet eine ganze Menge passiert.

Ja, der Ausdruck dieser gut aufgestellten Medienlandschaft zeugt natürlich von einer guten Medien- und Standortpolitik. Wir haben herausragende Hochschulen, wir haben die internationale filmschule köln, die eine gute Grundlage legt. Wir haben das Mediengründerzentrum, und wir haben auch mit der Landesanstalt für Medien, was den Bereich Medienkompetenz angeht, einen wichtigen Partner.

Meine Damen und Herren, die fortschreitende Digitalisierung ist ein zentrales Thema hier in NRW. Die Ministerpräsidentin hat Anfang des Jahres zu diesem Bereich eine Regierungserklärung abgegeben. Seit dieser Zeit ist eine ganze Reihe von Aktivitäten entwickelt worden. Ich denke an den Digitalisierungsbeauftragten für die Wirtschaft, Prof. Kollmann. Ich denke an das Breitbandausbauprogramm von Wirtschaftsminister Duin, das wir hier schon mehrfach besprochen haben. Wir reden von Barcamps, die durch die Landesregierung veranstaltet wurden.

Rot-Grün setzt genau in diesem Themenbereich Schwerpunkte in diesem Haushalt. Wir wollen das Grimme-Institut stärken. Dieses soll vermehrt die Auswirkungen der Digitalisierung in den Blick nehmen. Wir haben den Bereich Medienkompetenz mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet.

Ein Thema, das uns am Herzen liegt, wird auch durch diesen Haushalt unterstützt: Das sind die Zugänge zu offenem WLAN und zu Freifunk. Auch das ist ein Teil, der durch diesen Haushalt gestärkt wird.

Meine Damen und Herren, der Medienhaushalt trägt der starken Bedeutung dieser Branche Rechnung.

(Zuruf von den PIRATEN: Er trägt ihr keine Rechnung!)

Wir haben insgesamt einen guten Haushalt vorgelegt. Er trägt auch dazu bei, dass Nordrhein-Westfalen Medienland Nummer eins bleiben wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Vogt. – Jetzt wollen wir hören, wie es die FDP-Fraktion sieht. Das sagt uns Herr Nückel.

(Zuruf von der Regierungsbank)

Thomas Nückel (FDP): – Das ist schön. Danke für das Kompliment. Ich werde jetzt trotzdem böse.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Medienhaushalt – ich finde, Herr Vogt hat das eben gut beschrieben – ist eigentlich ein mehr oder weniger kraftvolles Dokument des Nichtseins: wenig Eigenes, wenig Neues, keine Impulse.

Aber ich muss ein Versprechen an Staatssekretär Eumann einlösen: Er wollte unbedingt, dass ich etwas Positives zum Landeshaushalt sage. Okay: Der Medienteil des Haushaltsentwurfs ist eine gute Zen-Übung. Bei diesem Medienhaushalt kann man von Überfülle und Leere zugleich sprechen: Überfülle in Worten, Leere in Taten.

(Beifall von der FDP)

Eine Überfülle an Worten gab es bei der Einbringung im Ausschuss, als von neuen Entwicklungen, Digitalisierung usw. gesprochen wurde. Allerdings findet sich im Haushalt wenig dazu wieder. Ich würde sagen: strukturelle Verstetigung auf niedrigem Niveau.

In NRW ist kein Zukunftsplan zu finden. Bei der konsequenten Einstellung auf den digitalen Markt wird mehr gestammelt. Es bewegt sich nämlich nichts. Und die Konzeptionslosigkeit legt sich wie Mehltau über die Blätter der salbungsvollen Beschlüsse der Mehrheitsfraktionen.

Zum Beispiel beim Hörfunk: Da gab es in Sachen Werbefreiheit im Herbst des letzten und im Juni dieses Jahres schöne Beschlüsse. Man hatte die Werbefreiheit in den öffentlich-rechtlichen Programmen zum Ziel. Nur spiegelt sich im aktuellen Entwurf des WDR-Gesetzes nichts davon wider. So bleibt man auch an diesem Punkt – in der Diskussion über die Zukunft des Hörfunks – stecken:

(Beifall von der FDP)

viel Aktionismus, ein paar Events für die Galerie. Aber Antworten auf die Frage, wie es jetzt weitergeht und wie die Zukunft der Sender verbessert werden kann – Fehlanzeige.

Ich finde überhaupt, dass die Gesetzesvorhaben in diesem Land dauern und dann auch noch oft fehlerhaft sind. Die wievielte Korrektur des Landesmediengesetzes nehmen wir jetzt vor? – Ich glaube, wir haben bald mehr Korrekturgesetze als Paragrafen im LMG.

(Beifall von der FDP)

Die Kürzungen bei der Film- und Medienstiftung schaden dem Standort. Die Kritik der Betroffenen ist groß. Um 750.000 € wird im Landeshaushalt gekürzt: zusammen mit den 250.000 € aus dem Jahr 2015 sind das schon eine Million. Bayern erhöht die Mittel just in dem Monat noch einmal um eine Million.

Nach außen gibt NRW da leider ein miserables Bild ab. Wenn man sagt, man will das über die Rundfunkgebühren kompensieren, kann ich nur feststellen: Die Zweckentfremdung von Rundfunkbeitragsmitteln zum Stopfen von Haushaltslöchern und zum

Kompensieren von Haushaltskürzungen halten wir nicht für zulässig.

(Beifall von der FDP)

Bedenklich ist das auch bei der Filmschule. Auch dort ernährt man sich sozusagen von Gebührengeldern. Ich weiß nicht, ob die dortigen Studiengänge nicht eher ein Fall für den Wissenschaftsetat sind. Wir haben also eine Abwälzung vom Steuerzahler auf den Gebührenzahler. So entledigt sich die Landesregierung zum Teil der Kosten.

Grimme-Institut: Da gibt es in der Tat schon in der Urfassung des Haushaltsentwurfs kleinere Erhöhungen. Jetzt wird per Änderungsantrag noch einmal etwas draufgesattelt. Um die Gegenfinanzierung schert man sich allerdings wieder einmal nicht.

Ein Punkt in dem Grimme-Etat finde ich sehr interessant: 200.000 € sind für das Forschungskolleg vorgesehen. Was macht man im Kolleg mit dem Geld? – Es ist so ruhig. Meine Frage ist: Fließt das Geld eigentlich zurück, wenn es dort nicht verbraucht wird?

Die Ruhe, die dort zurzeit herrscht, hat vielleicht etwas mit dem Phänomen bei Grimme zu tun, das der Medienkritiker Fritz Wolf, selbst seit vielen Jahren Mitglied der Grimme-Preis-Jury, in seinem Blog vor einiger Zeit beschrieben hat. Er schreibt:

> „Seit eineinhalb Jahren wird das Haus neu geführt und seither scheint es hinter den sieben Bergen in Marl abgetaucht zu sein.“

Wie sieht es mit den Medienkompetenzprojekten in den Schulen aus? – Nicht mehr so gut, weil die Lehrer durch die Inklusion und natürlich auch durch die Betreuung vieler nichtdeutschsprachiger Kinder mit anderen Aufgaben bereits mehr als überlastet sind. Aber auch an der Ausstattung hapert es oft, wie ich bei meinen Besuchen feststellen kann, die ich nicht nur um den Tag der Medienkompetenz herumgruppiere.

Der Kollege Schick hat es gerade genannt: Projekt „ZeitungsZeit NRW“. Sein Ableben muss man bedauern. Die Initiative gibt es nicht mehr. Auf der Onlineseite ist nichts mehr zu finden. Im Vergleich dazu herrscht aber auf der Onlineseite des Medienforums hektische Betriebsamkeit. Jetzt guckt selbst der Staatssekretär völlig überrascht, weil er das gar nicht wusste. Aber keine Sorge: Es gibt keinen Inhalt, kein Programm, kein Datum ohne Ihren Segen. Wo denken Sie hin?

Aber es gibt ein Lebenszeichen: Man sucht von März bis Juni einen Praktikanten. Das wird allerdings den Bedeutungstod des Medienforums auch nicht mehr aufhalten.

(Beifall von der FDP – Zuruf von den PIRATEN: Wohl wahr!)

Ein aktuelles Thema: Die Bund-Länder-Kommission „Neue Medienordnung“ sollte gestern den Ministerpräsidenten einen Zwischenbericht vorlegen. Ich hoffe, es war ausreichend Zeit dafür. Ich bin gespannt, ob man darüber gesprochen hat; vielleicht hat man aber auch nur weitergeleitet und durchgewinkt: die Themen Netzneutralität, Plattformregulierung, AVMD, Intermediäres. Ich fürchte, passiert ist nicht viel. Ich frage mich, wo der Schwung bleibt.

Ach ja, der Jugendmedienstaatsvertrag: Der wurde wohl gut eingepackt in diverse andere Ziele, die den Ministerpräsidenten erstrebenswert scheinen. Da hat man also verschiedene Dinge für den 19. Rundfunkstaatsvertrag schön zusammengekoppelt. Das ist wohl die besondere Taktik, denn möchte ein Land den Jugendmedienstaatsvertrag ablehnen, lehnt es vielleicht auch das andere ab: Gebührenkorrekturen, Befreiungen. Oh weh, und dann auch noch das Jugendangebot, das ebenfalls drangetackert wurde!

Aber vielleicht wäre es gerade deshalb ratsam, den 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag – wenn er noch vorliegt –, abzulehnen, ebenso wie den Medienetat dieses Landes. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Nückel. – Für die Piratenfraktion spricht nun Herr Kollege Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Besucher! Die Besucher in der Mitte, die den Anfang der Debatte mitbekommen haben, sind schon wieder weg. Ich wollte jetzt das Ganze rund machen und dann noch einmal auf den Landesentwicklungsplan aus Sicht der Piraten eingehen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, darf ich Sie einmal unterbrechen?

Oliver Bayer (PIRATEN): Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön. Ich würde jetzt gerne eine generelle Bemerkung machen. Wir sprechen hier in diesem Parlament nicht mit den Zuschauern. Das ist im Parlamentarismus ganz klar so geregelt.

(Zuruf von den PIRATEN)

Das hat damit zu tun, dass wir aus Weimar gelernt haben. Ich will es einmal ganz deutlich sagen: Es ist nett, wenn Sie die Leute begrüßen, obwohl es falsch ist; es entspricht nicht dem parlamentarischen Brauch. Wir wenden uns hier an die gewählten Abgeordneten – das ist die repräsentative parlamentarische Demokratie.

Ich würde sehr darum bitten, dass wir es dabei auch belassen und uns hier miteinander unterhalten über das, was wir für die Menschen draußen zu entscheiden haben.

Die Zuschauerinnen und Zuschauer sind angehalten, weder Beifall noch Missfallen zu äußern. Wenn Sie sie einbeziehen, zwingen Sie sie in eine Situation,

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Trotzdem werden sie von uns begrüßt.)

wobei Sie, aus meiner Sicht jedenfalls, Ihre Kompetenz als Abgeordnete an dem Punkt überschreiten. Ich bitte Sie, halten Sie sich dran! Hier ist das Parlament.

(Zuruf von den PIRATEN: Wir klären das mit den anderen Abgeordneten!)

Sprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen! Wir verhandeln das hier. Die Leute sind gerne da, hören gerne zu und kriegen auch mit, was hier gesprochen wird. Davon können Sie ausgehen. Unterschätzen Sie die Menschen nicht, die uns zuhören! – Danke schön.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Oliver Bayer (PIRATEN): Was natürlich schwierig wird, wenn man die Debatte von Anfang an nicht mitbekommen hat.

Aber dann richte ich mich an Sie, verehrte Abgeordnete. Auch Sie haben teilweise leider den Raum wieder gewechselt. Nicht alle haben den Anfang mitbekommen. Wir haben mit dem Landesentwicklungsplan begonnen. Ich möchte auch aus Sicht der Piraten noch einmal auf den Landesentwicklungsplan zurückkommen und die Sache rund machen.

Der Landesentwicklungsplan fällt – deshalb haben wir nicht damit begonnen – im Haushalt nicht besonders auf. Er ist aber inhaltlich wichtig für die Staatskanzlei. Er ist in der Staatskanzlei aus unserer Sicht auch richtig angesiedelt.

Wo er aus unserer Sicht nicht richtig angesiedelt ist, ist im Landtag im Wirtschaftsausschuss. Warum sollte sich ausgerechnet der Wirtschaftsausschuss einzig mit dem Landesentwicklungsplan beschäftigen? Das macht keinen Sinn, wenn man sich die Ziele anguckt, die mit dem Landesentwicklungsplan verfolgt werden. Er ist nämlich kein Landeswirtschaftsplan.

Was sind das für Ziele, die eigentlich darüber stehen, wenn sie am Ende keine Praxisrelevanz haben oder haben dürfen? Eine Ehrlichkeit fehlt mir da vor allem bei Rot-Grün. CDU und FDP wollen einen Landeswirtschaftsplan, okay, in Ordnung. Was erzählen Sie aber den Umweltverbänden zum Beispiel? Okay, es gibt Flächenziele. Dann erzählen Sie den Unternehmensverbänden: Das ist aber alles nicht so. – Das kann es ja wohl nicht sein.

Ein Klimaschutzplan hat entweder Relevanz, oder man kann ihn sich komplett schenken. Ein Klimaschutzplan oder auch ein Klimaschutzgesetz, das keine Auswirkungen auf den Landesentwicklungsplan hat, wobei der Landesentwicklungsplan gefordert ist, genau das, was im Klimaschutzplan ausgearbeitet wird, auch umzusetzen, bringt es nicht. Dann brauchen Sie auch nicht auf Herrn Remmel einzugehen. Er hat leider sowieso keine verbindlichen Maßnahmen in diesem Klimaschutzplan erwirken können. Dann brauchen Sie auch nicht nach draußen zu gehen und zu sagen: Wir haben einen Klimaschutzplan, hurra! Nordrhein-Westfalen ist so toll in Sachen Klimaschutz. – Dann können Sie sich das schenken.

(Beifall von Marc Olejak [PIRATEN])

Noch eine Sache, inhaltlich zum Landesentwicklungsplan: Wir werden ihn an anderer Stelle in großer Breite noch weiter debattieren. Er ist auch nicht unbedingt haushaltsrelevant außer der Tatsache, dass wir für die Planung natürlich Geld benötigen. Der Landesentwicklungsplan basiert natürlich auf sehr alten Daten. Lassen Sie mich darauf hinweisen: Vor allem bei den Flughäfen basiert er immer noch auf der Luftfahrtkonzeption aus dem Jahre 2000.

Deshalb bekommen auch CDU und FDP auf ihre Fragen, warum dieser oder jener Flughafen nicht landesbedeutsam ist, entsprechende Antworten zurück. Hier müssen wir auf jeden Fall auch noch einmal korrigieren. Hier muss sich die Landesregierung ebenfalls, genauso wie im Klimaschutz, genauso wie bei den Flächen, einfach positionieren und sagen, wie die Priorität ist – so oder so, aber nicht in eine Richtung so und in die andere Richtung so. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. – Nun spricht für die Landesregierung noch einmal der Minister, Herr Lersch-Mense.

(Marc Herter [SPD]: Bitte mit Landesplanung anfangen!)

Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich will die kurze Redezeit, die mir verblieben ist, nutzen, zu den Themen Europapolitik, Eine Welt und Entwicklungszusammenarbeit einige Anmerkungen zu machen.

Frau von Boeselager, Sie haben, wenn ich Sie richtig interpretiere, kritisiert, unser Haushalt sei fantasiearm. Es fehlten die neuen Akzente, und insbesondere würden wir uns nicht hinreichend mit den

neuen europapolitischen Herausforderungen befassen.

Ich finde das etwas unfair, weil die Möglichkeiten eines Landes, europapolitisch zu handeln – das wissen Sie –, sehr beschränkt sind. Die Europapolitik ist ebenso wie die Eine-Welt-Politik Sache der Bundesregierung. Aber natürlich haben wir ein hohes Interesse daran, unsere Landessicht in den Fragen, die uns elementar berühren, auch auf der europäischen Ebene geltend zu machen.

Das, so denke ich, tun wir in sehr wirkungsvoller Weise durch Veranstaltungen, aber auch durch direkte Gespräche, die wir in Brüssel, in unserer Landesvertretung führen. Das haben wir getan im Bereich der Energiepolitik, wie Sie wissen, das tun wir im Bereich der Medienpolitik und in vielen anderen Feldern, die uns unmittelbar berühren. Und diese Schwerpunktsetzung ist, glaube ich, auch für die Zukunft vernünftig. Da ist nichts „biedermännisch“ dran oder schlichte Hausmannskost, sondern das ist eine sehr gezielte und sehr bewusste Wahrnehmung unserer Aufgaben auf der Landesebene.

Herr Ellerbrock, wenn Sie ein allgemeines europapolitisches Bekenntnis hier ablegen, dann ist Ihnen nur zuzustimmen. Ich sehe das auch so. Europa ist heute wichtiger denn je. Aber worauf kommt es jetzt an? Wir müssen doch den Wert Europas, den Wert freier Grenzen, den Wert eines freien Binnenmarktes, den Wert der Freizügigkeit an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und insbesondere auch an die Jugend in unserem Land vermitteln. Das tun wir zum Beispiel mit den Akzenten, die wir im Bereich Europaschulen setzen. Das tun wir durch die „europaaktiven Gemeinden“, die wir auszeichnen. Das sind genau die Dinge, die jetzt erforderlich sind.

Wenn es um die Bekämpfung von Fluchtursachen geht, wenn es um ein europäisches System der Verteilung von Flüchtlingen geht, dann können wir auf der Bundesebene unsere Auffassung dazu einbringen, aber wir haben keine eigenen Handlungsmöglichkeiten.

Das Gleiche gilt auch für die Eine-Welt-Politik. Frau von Boeselager, ich glaube, wir werden mit Ghana einen neuen Anlauf nehmen können. Die Zeichen, die wir auch über die Botschaft in Berlin bekommen, sind sehr positiv. Für Mpumalanga kann ich das leider in der gleichen Weise nicht bestätigen.

Aber natürlich sind wir daran interessiert, unsere Partnerschaften im internationalen Bereich und insbesondere auch die Zusammenarbeit im Beneluxbereich weiter fortzuführen und zu verstärken und auch in anderen Bereichen, die Sie erwähnt haben.

Aber auch hier gilt: Wir sind als Land überfordert, wenn wir eigene Entwicklungsprojekte oder eigene entwicklungspolitische Zusammenarbeit machen wollten. Wir beschränken uns daher zu Recht auf Fragen der Bildungsarbeit und der Förderung von entwicklungspolitischen Initiativen, die wir im Lande haben. Das, meine ich, ist ein richtiger und guter Ansatz.

Erlauben Sie mir auch noch eine allgemeine Anmerkung. Wenn hier immer implizit oder explizit gefordert wird, an dieser oder jener Stelle müssten doch zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, dann passt das nicht so ganz mit Ihrer allgemeinen Argumentationslinie zusammen, dass das Land seine Ausgaben doch reduzieren solle und mehr Ausgabendisziplin wahren müsse. Wir tun das. Aber fordern Sie dann bitte nicht immer in allen einzelnen Politikbereichen mehr Ausgaben. Das passt nicht so ganz zusammen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lersch-Mense. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit ein wenig überzogen. Wird noch einmal das Wort gewünscht? – Augenscheinlich ist das nicht der Fall. Dann schließen wir die Beratung zum Einzelplan 02.

Abgestimmt wird ja jetzt nicht – wie zwischen den Fraktionen vereinbart –, sondern erst nach 14 Uhr. Also wird der Punkt zur Abstimmung wieder aufgerufen.

Nun rufe ich auf:

Einzelplan 05
Ministerium für Schule und Weiterbildung

Ich darf hinweisen auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10505**.

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Vogt das Wort.

Petra Vogt (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte am heutigen Tage genauso wie im Schulausschuss vonseiten der CDU-Fraktion erst einmal anerkennen, dass dieser Schulhaushalt unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen aufgestellt werden musste. Von daher von unserer Seite heute an Sie, Frau Ministerin, und an Ihre Mitarbeiter noch einmal herzlichen Dank dafür!

Wir anerkennen auch ganz ausdrücklich, dass sich in diesem Haushalt Gelder befinden, um Lehrerinnen und Lehrer neu einzustellen für die wichtige Aufgabe der Beschulung unserer Flüchtlingskinder. Das – das wollen wir am heutigen Tage ganz nachdrücklich sagen – ist wichtig, denn Bildung ist der Schlüssel zur Integration. Dass die Landesregierung das entsprechend in den Haushalt eingestellt hat, ist der richtige Weg.

(Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD])

die Chance, unsere Muttersprache zu erwerben und Barrieren zu überwinden.

Lange Jahre nahm die Weiterbildung eine Randposition in unserem Bildungssystem ein. Das hat sich aber geändert. Im Jahr 2010 ist die letzte Kürzung zurückgenommen worden. Die Umsetzung der Weiterbildungskonferenz, die die Ministerin eingesetzt hatte, bezog sich dann auch nicht nur auf die Wiedereinführung des Berichtswesens, sondern auch auf den Landesbeirat und die neu eingerichtete Stelle für den Support bei QUA-LiS, was für die Weiterbildung besonders wichtig ist.

Uns ist bewusst, dass die Herausforderungen in der kommenden Zeit noch groß sein werden. Wir brauchen nicht nur mehr Plätze in Kitas und Schulen; es gilt auch, das nachzuholen, was bisher noch nicht erledigt wurde.

Das betrifft sicherlich auch die jungen Erwachsenen. Aber generell haben viele Menschen, die zu uns kommen, in ihrer alten Heimat keine Schule besuchen können. Das werden sie bei uns nachholen, wenn sie wollen. Viele Menschen, die zu uns kommen, haben in ihrer alten Heimat einen Berufsabschluss erworben, der aber nicht den Anforderungen unserer Arbeitswelt entspricht. Sie werden wir nachqualifizieren müssen.

Viele Menschen, die zu uns kommen, haben in ihrer alten Heimat ein Gemeinwesen erlebt, welches ganz anders ist als das unsere. Die enormen Vorzüge unseres demokratischen Systems – unseren Rechtsstaat, unsere Freiheit in der Gesinnung und die Gleichwertigkeit jedes Menschen – müssen wir vermitteln.

Dies ist die Herausforderung, der sich nicht nur unser Bundesland, sondern auch der Bund zu stellen hat. Die Weichen werden jetzt gestellt, damit das Wir in unserem Land für alle Menschen gelingen kann. Alle brauchen den Einstieg und den Aufstieg.

Der vorliegende Haushalt, insbesondere für die Weiterbildung, setzt die entsprechenden Zeichen. Ich lade alle ein, mit ihrem Votum diesem Haushalt zuzustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Zentis. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so.

Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zum Einzelplan 05 und komme zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10505, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen. Wer sich dieser Empfehlung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 05 in zweiter Lesung angenommen**.

Ich komme noch einmal zurück auf den Einzelplan 02 und hier zur ausgesetzten Abstimmung über den Einzelplan 02. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10502, den Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse anzunehmen. Wer sich dieser Beschlussempfehlung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses in zweiter Lesung** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 15
Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Ich weise Sie auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10515** hin.

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Burkert hat für die CDU-Fraktion das Wort.

Oskar Burkert (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf in Vertretung von Frau Kollegin van Dinther zum Thema „Emanzipation“ für die CDU-Fraktion Folgendes sagen: Die Frauenbeschäftigung liegt bundesweit auf einem hinteren Rang in Nordrhein-Westfalen. Die von Rot-Grün eingeführten Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ sollten daher hinsichtlich ihrer Zielsetzung, die Frauenerwerbstätigkeit zu steigern, dringend auf ihre Wirkung hin überprüft werden. NRW ist auch Schlusslicht bei Frauen mit Vollzeitjobs. Nur 28 % der Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren sind in Vollzeit berufstätig. Das zeigt, dass es hier noch sehr viel zu tun gibt.

Meine Damen und Herren, im Teil zur Gesundheit möchte ich der Gesundheitsministerin gratulieren. Sie hat sehr viel angekündigt, nämlich den Krankenhausbedarfsplan. Sie hat über den Fachkräftemangel sehr viel geredet. Sie hat den Ärztemangel thematisiert. Sie hat die Ausbildung in den Pflegeberufen thematisiert. Sie hat es geschafft, die Zahl der Schüler im Bereich der PTA-Ausbildung zu verringern. Ich könnte noch mehr aufzählen. Allerdings waren das nur Ankündigungen, meine Damen und Herren.

Die „Rheinische Post“ titelt „Diagnose Notstand“ und schreibt weiter: Zu viele Kliniken verursachen zu hohe Kosten, während dem Land ein Ärztemangel